

Erscheint täglich außer Montags. Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 6,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verzeichn.-Preisliste für 1892 unter Nr. 6022.

# Arbeiter

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ant. V. Br. 4100.

# Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 22. Januar 1892.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

## Furcht vor der Wahrheit.

Wenn es zutrifft, daß die Nacht keines Guten Freund ist, so muß unsere bürgerliche Gesellschaft von sehr böser Beschaffenheit sein. Denn „Verdunkeln, Verämbeln!“ ist ihre Parole, so oft jemand den Schleier von den Ausschüssen lüftet, welche die gegenwärtige Wirtschaftsordnung, das Joch unserer Gegner, erzeugt. Kein Licht, keine Aufklärung über gewisse Parteien derjenigen Welt, in der es democh etwas ersehnt hat und nachher pflichtgemäß davon erzählt, so sein Bericht zu verdächtigen, mit Schmutz zu besudeln, zu schmähnen und herabzuwürdigen, damit die Thatfachen von Neuem verdunkelt werden und der wohlthätige Schleier der Nacht über sie gezogen sei. Dies ist das Rezept, nach welchem die Bourgeoisie und ihre Organe überall in gleicher Weise gegen die Freunde des Lichts und der Wahrheit in sozialen Dingen verfahren.

Die neueste Mustergeschichte dieser Art, um von der Gegenwart in die Vergangenheit zu gehen, knüpft an den Notstand in den schlesischen Weberbezirken und den Fall des bekannten Pastors Klein an. Pastor Klein in Reinerz erwarb sich voriges Jahr ein großes Verdienst, indem er ungeschminkte Berichte über die dortigen Zustände veröffentlichte und die Öffentlichkeit zu Gunsten der nothleidenden Weber anrief. Aber bald trat in amtlichen Kreisen Widerstand gegen die Thätigkeit des Pastors hervor; man bemühte sich, den Notstand überhaupt zu bestreiten, und dieselben Personen, welche zuerst ihren Namen unter Aufrufe für die Weberbevölkerung gesetzt hatten, besuchten später den Pastor Klein, eigentlich den Notstand erfunden, jedenfalls die anerkennende „Nothlage“ maßlos übertrieben, durch seine Unterstützungen „Anfriebe zwischen den Konfessionen“ und „Habsucht und Trägheit bei der ärmeren Bevölkerung“ gesteuert zu haben. Es erging an die Beamten, unter Androhung von Disziplinarstrafen, ein förmliches Verbot, die Thätigkeit des Pastors Klein zu unterstützen; er selbst wurde gemahngelt; man verlangte die Herausgabe der noch vorhandenen Hilfsgelder von ihm, und einzelne Blätter ließen sich herbei, die gehässigsten Anschuldigungen gegen ihn zu verbreiten. Schließlich reiste kürzlich der Präsident des evangelischen Oberkirchenrathes in die Parochie des muthigen Pastors, um nach dem Rechte zu sehen. Wie die „Voss. Ztg.“ neuestens erzählt, mußte der Präsident dem Pastor Klein zwar Recht geben und seine Maßnahmen ausdrücklich gutheißen, die Wahrheit hat hier also gegen die Bourgeoisie und ihre Organe einen Triumph gefeiert. Aber diese Vorkommnisse bleiben deshalb nicht weniger bezeichnend für die Wahrheitsliebe der besitzenden Klassen in sozialen Dingen, und sie werden ihre verdunkelnde Wirkung trotz dem guten Ausgang doch nicht verlieren. Die Parter in Schlesien und sonstige Menschenfreunde, wenn vielleicht auch nicht der Pastor Klein, werden sich nach der beispiellosen Hege, die

sie mit angesehen haben, drei Mal hüten, wieder einen Zipfel von dem großen Leichentuche zu lüften und das helle Tageslicht auf die traurigen Arbeiterzustände fallen zu lassen. Denn dabei könnte es auch einmal weniger gut gehen, wie im Falle Klein, und dann wären sie gedächet, ausgestoßen aus der Bourgeoisie, welche die Wahrheit scheut wie das Feuer, dann bliebe ihnen nur die Sozialdemokratie, welche die Fackel des Lichts unentwegt hoch hält.

Noch ein anderes Bild aus der Gegenwart! Mit welchen ekelhaften Mitteln hat man versucht, den Nothstand dieser Krisenzeit, den namentlich die Großstädte aufweisen, aus der Welt zu leugnen. Das Vergebliche dieses Bemühens, zugleich aber die hartnäckige Absichtlichkeit in der Methode der Besitzenden hat der „Vorwärts“ mit Bezug auf offizielle Rundgebungen fortlaufend nachgewiesen. Die Furcht vor der Wahrheit erstreckt sich jetzt bis auf die neutralsten Gebiete. So schrieb dieser Tage der „Vossischen Zeitung“ eine „menschenfreundliche Leserin“, daß ihr beim Besuch der neuen Berliner Wärmehalle aufgefallen sei, wie grenzenlos das Elend der dort von ihr angezogenen Frauen sei. Die Männer hätten vielfach noch Geld zu einer Speisemarke (10 Pf.) gehabt; aber: „Von der Frauenabtheilung aus wurde, so lange ich mich in der Küche aufhielt, keine einzige Marke eingereicht, ein Beweis, daß jene armen Frauen sich das Mittagbrot zum Preise von 10 Pf. sämtlich nicht gewahren konnten. Ich bat den Inspektor für die mir überwiesene kleine Summe Marken unter die Frauen zu vertheilen, und es wird mir unvergänglich sein, wie an dieser Sammelstätte der Armut diese geringe, aber unerwartete Gabe aufgenommen wurde. Der Inspektor ging wieder mit mir zu den Frauen hinein und gebot ihnen, behufs der Vertheilung sitzen zu bleiben. Diesem Gebote wurde auch Folge geleistet; aber wie schwer das den Leuten wurde, sah man am Ausdruck der Gesichter, an dem unwillkürlichen Aufschreien, am Zuden der Arme, an den weit ausgestreckten Händen. Da war ein ganz altes, bleiches, zittriges Mütterchen, über deren Gesicht, als sie die Marke in Händen hielt, ein solcher Schimmer leuchtender Freude glitt, wie ich ihn sonst nur an Kindern wahrgenommen habe, die plötzlich unter dem Christbaum ihren Lieblingswunsch erfüllt sehen.“ Wenn man von der echtbürgerlichen Sentimentalität absteht, welche sich in diesen Zeiten wiederpiegelt, so hat man eine wahrheitsgetreue Schilderung der grauenvollen Nothlage unserer arbeitslosen weiblichen Bevölkerung in Berlin vor sich. Diese Emanzipation von der bürgerlichen Furcht vor der Wahrheit durfte aber in der „Vossischen Zeitung“ nicht unkorrigirt bleiben. Das Blatt druckte alsbald eine Zuschrift ab, in welcher ironisch von „armen Hungernden“ gesprochen und dieselben als „arbeitscheue Elemente“ bezeichnet wurden, die sich jene Wärmehalle zum Sammelpunkt erkoren hätten. Da war glücklich wieder das schwarze Tuch der Verleumdung, da war Nacht und Dunkel über das unvorsichtig enthüllte Elend

gebreitet, und wenn auch der „Vossischen Zeitung“ alsbald „von zuständiger Seite“ eine Berichtigung zugeht, die mit den Sähen schloß: „Der Ausdruck „Arbeitscheu“ muß in heutiger Zeit mit etwas Vorsicht gebraucht werden. Zu dieser Ueberzeugung muß derjenige kommen, welcher den benachbarten Zentral-Arbeitsnachweis besucht und sieht, wie sich beim Aufruf einer einzigen Arbeitsstelle an die hundert Arbeiter drängen und stoßen, um zur Arbeit zu gelangen“ — so bleibt im Gedächtniß der wahrheitscheuen Bourgeoisie doch nicht diese Aufklärung, sondern das verdunkelnde Märchen von der „Arbeitscheu“ haften, und der Obskurantismus hat wieder einmal seine Dienste gethan.

Und wie es jetzt ist, so war es seit der Zeit, da ernste Forscher im Dienste der Wahrheit soziale Verhältnisse klarzustellen suchten. Als der jetzige Freiburger Professor Herkner seiner Zeit die elende Lage der oberelsässischen Baumwollweberei, welche die dortigen Industriellen so lange mit dem Schein der höchsten Wohlfahrt zu umgeben gesucht hatten, in seinem bekannten Werke enthielt, war der dortigen Fabrikaristokratie kein Mittel zu schlecht und zu theuer, das den Thatbestand verdunkeln konnte, und die gehässigen Artikel und Broschüren, welche gegen Herkner's objektiven Bericht gerichtet wurden, werden ein ewiges Schanddenkmal für die reichsländische Bourgeoisie bleiben. Als Emanuel Sag die Entwicklung der Thüringer Hausindustrie von einem patriarchalisch geordneten Kleingewerbe zur ausbeutungsüchtigen Weltmarktindustrie wissenschaftlich darlegte, kamen die Schmähschriften eines der größten Sonneberger Unternehmer, der zwar literarisch von einem Freunde Sag, von Freiwald-Thüringen (Dr. Quard) exemplarisch gezüchtigt wurde, aber noch heute wahrscheinlich eine Rolle am Hofe und „in der Gesellschaft“ seines Duodezstaates spielt. Und es ist ganz sicher, daß der nächsten sozialen Veröffentlichung, die etwa andere Theile der Thüringer Industrie behandelt, von Seiten der Industriellen genau dasselbe Bestreben geistlicher Verdunkelung entgegengekehrt wird, wenn sich auch erst in den letzten Tagen ein thüringisches Amtsblatt folgende traurigen Zeilen „Vom Walde“ schreiben ließ: „Sieht es doch in mancher Familie der oberen Gebirgsdörfer traurig genug aus. Zunächst war die Kartoffelernte recht gering, die Nachfrage nach Christbaumzweigen, mit dessen Herstellung in einigen Gebirgsdörfern viele Familien beschäftigt sind, ist schwächer als sonst, auch von der Glasperlenfabrikation vermag sich jetzt keine Familie mehr zu ernähren und ebenso wird über den geringen Verdienst in den ziemlich lau gehenden Porzellanfabriken geklagt. . . . Dazu häufen sich auch Eingriffe in das Eigenthum der Nebenmenschen in ganz erschreckender Weise. . . . Man geht wohl nicht fehl, wenn man solche traurige Dinge mit den Zeitemständen, die in schlechten Ernten, geringem Verdienst und sehr theuern Lebensmittelpreisen ihren Grund haben, in Zusammenhang bringt. Es ist ein trauriges Bild, das sich da unsern Blicken entrollt.“ Solche Dinge werden gelegentlich ausgeplaudert, später aber wieder abgeleugnet.

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.

[18]

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern von H. Otto Walster.

Der junge Mann sprang auf und wollte die holde Gestalt noch einmal umfassen, aber mit lautem Widerstand wehrte sie ihn von sich ab und bemerkte mit einer Sanftigkeit, die ihn gänzlich beherrschte:

„Ich bedarf der Ruhe.“  
Er drückte einen innigen Kuß auf die dargebotene Hand, folgte ihr mit den Augen, bis sie im Dunkel der Gebüsche verschwunden war, und dann erst vermochte er es über sich zu gewinnen, die Szene seines ersten schönsten Glückes mit zögerndem Fuße zu verlassen.

#### 30hntes Kapitel.

#### Schicksalsboten.

So ist denn wirklich und wahr geworden, was ich mir still zu wünschen kaum getraut, was ich als wildes Gewächs meiner Phantasie abzuschneiden gedachte, meinte der noch immer wie von einem schönen Traum Bezauberte vor sich hin, als er die einsame Straße betrat und an dem Baume seines Zaubergartens wieder vorbeisritt. Ein großes Unglück muß mir bevorstehen, da mir die Kraft, es zu ertragen, durch so viel Glück eingelöst worden. Ja, ich kann nicht mehr unglücklich werden, da ich die schönste Seele, die

je mein ahnendes Gemüth geträumt, in Wirklichkeit gefunden und mit mir innig verknüpft weiß. Nun komm' heran, du unerbittliches Geschick, versuche deine Kraft an meiner gefühlten Brust, versuche es, mich unglücklich zu machen: du kannst es nicht. Und selbst du, ärgerster Feind alles Lebens, sensenschwingender Tod, kannst nicht vernichten, was ich gewonnen. Du kannst das Leben zwar zerstören, aber die Liebe nicht, die tröstend selbst aus dem Erdengrabe steigt und ebenso in das Grab hinunterdringt. Was kann ich der Menschheit geben und opfern, um ihr wieder zu vergelten, was sie mir in dieser unvergesslichen Stunde gegeben? Ich gebe ihr Alles was ich mein nennen kann, meine Kraft, ich habe nicht mehr und muß nothgedrungen ihr Schuldner bleiben.“

So, immer weiter träumend, war er nach und nach zur Blumenstraße gekommen, in welcher seine bescheidene Wohnung lag. Das Gartenthor, durch welches er nach dem Hause gehen mußte, war bereits geschlossen; er suchte den Schlüssel und fand ihn mit einiger Mühe. Wie er aber noch damit beschäftigt war, das Schloß zu öffnen, löste sich plötzlich von dem Schatten eines nahen Baumes eine Gestalt, die jedenfalls auf seine Rückkehr gewartet haben mußte, glitt geräuschlos an seine Seite, und der Ueberraschte, noch ganz in seinen Träumen Befangene, wurde des Nahenden erst gewahr, als eine freundliche, einschmeichelnde Stimme fragte:

„Nicht wahr, Sie sind der Herr Dr. Friedrich Lange?“

Einigermaßen verdrießlich über die Störung, welche ihn aus seinem Wonnemusee erweckte, blickte der Gefragte den Frager an, der ihm nicht ganz geheuer vorkommen mochte.

Sein Argwohn aber wuchs, als er unmittelbar darauf eine andere, kleinere und stämmigere Figur zu seiner anderen Seite aufstehen sah.

„Ich bin Dr. Lange, allerdings, was soll's?“ fragte er misanthropisch und sah die Beiden nicht ohne Mißtrauen an. Dabei zog er den Schlüssel aus dem Schloße, um sich nöthigenfalls seiner als Waffe bedienen zu können.

„Dann wollten wir ganz ergebenst den Herrn Doktor gebeten haben, uns zu folgen.“

„Ihnen zu folgen? Wer sind Sie, wenn ich fragen darf?“

„Sie dürfen fragen, Herr Doktor, und wir haben die Pflicht, Ihnen zu antworten, ja, uns auch auf Verlangen zu legitimiren. Wir sind nämlich Diener des Gerichtsamtes und haben einen Arrestbefehl für Sie erhalten.“

„Für mich? Das ist doch sonderbar. Ich wüßte auf Gottes Erdboden nicht, was ich gethan oder gesprochen haben sollte, was eine wohlthätige Gerichtsbehörde veranlassen könnte, mich bei nächstlicher Weile aufheben zu lassen. Es muß hier ein großes Mißverständnis obwalten, Sie täuschen sich augenscheinlich in der Person, meine Herren.“

„Wenn Sie der Herr Dr. Friedrich Lange, wohnhaft Blumenstraße Nr. 4, sind, hat es seine Richtigkeit, wie hier auf dieser Anweisung zu lesen.“

„Seltsam, höchst seltsam, mir vollständig unerklärlich; sollte man vielleicht gar in mir den Souverain erblicken, mit dem das Brot der Zukunft gebaden werden soll, und will man schon jetzt das Heer wilder härmischer Gedanken einperren, die ich in die Welt hinausfliegen zu lassen gewonnen bin? Und wir hatten uns schon fest eingebildet, wir wären im Stande gewesen, unseren hartschädlichen Juristen

Manchmal kommt der Bourgeois selbst ein Jammer über ihre Erbärmlichkeit an und sie geißelt sich in dem Wahne einer Möglichkeit der Besserung höchst eigenhändig, wie z. B. kürzlich der „Vossischen Zeitung“ aus hantelischen Kreisen geschrieben wurde, daß die Jahresberichte der Handelskammern von Hamburg und Bremen unter dem Bismarckregime „sich in Dingen zurückgehalten hätten, in denen sie nicht mit ihm übereinstimmen konnten“, daß sie die Selbstachtung verloren gehabt hätten, daß jetzt aber — notabens nach den Handelsverträgen! — die „Flaumeierei“ aufgehört habe und die Verfasser sich „ernannt“ hätten. Ueber diese Selbsttäuschung! Beim nächsten offiziellen Wechsel schlagen auch diese Herren wieder um. Wenn sie aber nicht einmal im eigenen Interesse wahr die Kraft hat, der Wahrheit die Ehre zu geben, so wird die Bourgeoisie dies im Interesse der Arbeiter noch viel weniger thun. Hier wird sie sich je länger je mehr von ihrer erbärmlichen Furcht vor der sozialen Wahrheit leiten lassen, und die Aufgabe, Licht und Sella zu verbreiten, statt Nacht und Dunkel, wird immer ausschließlich den Arbeitern zufallen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar.

Es ist in den letzten Sessionen des Reichstags nachgerade zu einer Seltenheit geworden, daß die Wahlprüfungen zu längeren Debatten führen. Besonders seitdem die Wahlprüfungs-Kommission die Praxis eingeführt hat alle ihre Berichte schriftlich an das Plenum zu bringen, so daß die Abgeordneten vorher schon in der Lage sind, sich über den Stand des einzelnen Falles genau zu orientiren, haben die Erörterungen im Plenum sehr abgenommen. Dazu kommt, daß die anschlagentende Partei, das Zentrum, auch in dieser Angelegenheit eine stark bemerkbare Wendung gemacht hat. So lange der Kulturkampf noch auf der Tagesordnung stand, da spielte sich, wie in vielen anderen Fragen, so auch in Bezug auf die Wahlfreiheit, das Zentrum als Hüter der Freiheit und der Volksrechte auf. Das ist heute anders geworden. Nicht nur der sogenannte agrarische Flügel, nein, auch ganze Kolonnen der Ultramontanen, welche früher im Gerüche demokratischer Neigungen standen, gehen jetzt in allen entscheidenden Fragen mit steigenden Fahnen ins Lager der Reaktion über. So war es auch heute wieder bei der Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Grafen von Salbern-Ablimb. Dieser konservative Herr ist nur mit der sehr geringen Mehrheit von 140 Stimmen gewählt worden. Seine Gegenkandidaten gehörten der freisinnigen und der sozialdemokratischen Partei an. Vor der Wahl lehnte das konservative Wahlkomitee den freisinnigen Antrag auf Beschaffung von gleichem Papier für die Stimmzettel ab und benützte dann im Kreise Kuppin ein Papier von grau-blau-grüner Farbe, das von wirklich weißem Papier, wie solches das Gesetz vorschreibt, sich unterscheidet, wie ein preussischer Junker von einem wirklichem Gentleman.

Die Wahlprüfungs-Kommission hat seinerzeit mit 9 gegen 4 Stimmen die Fettel beanstandet und der Reichstag schließlich mit großer Mehrheit deren Einforderung beschlossen. Gestern lagen nun die Fettel auf dem Tische des Hauses, und selbst die konservativen Redner und der national-liberale Herr Buhl mußten zugeben, daß von weißem Papier keine Rede sein könne. Aber weißes Papier gebe es überhaupt nicht, erklärte Herr von Steinrück, und Buhl brachte es fertig, zwei Mal mit ganz ernster Miene die Versicherung abzugeben, daß wenn er an eine Absicht bei der Auswahl des gefährdeten Papiers glauben könnte, er dann für die Ungültigkeit der Wahl stimmen würde. Die gefährdende Antwort auf eine solche — bald hätten wir geschrieben — Neudelei zu geben verbietet im Reichstag die parlamentarische Ordnung. Für die Ungültigkeit traten von den Freisinnigen die Abgeordneten Wundel, Dohrn, Volkath und von unserer Partei Kuer, Heine und Singer und außerdem der Ultramontane Gröber und der Antisemit Bödel ein. Letzterer sprach für seine „Fraktion“, während der Abgeordnete von Liebermann auch in diesem Falle dem Juge seines junkerlichen Herzens folgend, für die Gültigkeit eintrat. Nach langer, theilweise sehr erregter Debatte fand namentliche Abstimmung statt, bei der 112 gegen 96 Stimmen sich für die Gültigkeit aussprachen. Ob der Herr Graf von Salbern-Ablimb ein Mandat, für dessen Ungültigkeit sich fast die Hälfte des

Reichstags erklärt hat, trotzdem weiter ausüben wird, wird die Zukunft zeigen.

Auf alle Fälle aber zeigte aber die gestrige Abstimmung wieder, wie notwendig die Sicherung des Wahlgeheimnisses durch bezügliche gesetzliche Bestimmungen ist und wie die im Reichstag, auch von den Rednern der Rechten, zur Schau gestellte Begeisterung für das Wahlgeheimnis nur sehr platonisch vorhanden ist und sofort verschwindet, wenn die Herren derselben praktisch Ausdruck geben sollen. — Unter den übrigen gestrigen für gültig erklärten Wahlen befindet sich auch die des „Herzogs von Lauenburg“ Fürsten von Bismarck.

Die gestrige Reichstagsdebatte über den Antrag auf Einführung der Berufung in Strafsachen hat uns einen recht tiefen Blick thun lassen in den Geist, der die Gesetzgebung der 70er Jahre besetzt. Man dachte damals alles mit dem nationalen Mantel zu. Mochte etwas noch so sehr gegen den gesunden Menschenverstand, gegen Gerechtigkeit und Billigkeit verstoßen, — es war „national“, und die Hurrah-Affekt des Reichstags stimmte zu. Je schlechter das Gesetz, desto größer die „nationale“ Begeisterung. Man nehme nur die Frage der Berufung in Strafsachen! Dem gesunden Menschenverstand erscheint es selbstverständlich, daß die Berufung, welche anerkanntermaßen ein Schutz gegen Rechtsirrtum, also eine Bürgschaft der Rechtssicherheit ist, wenn sie nicht für alle Vergehen eingeführt werden soll, dann wenigstens für die schweren Vergehen notwendiger ist als für die Leichten. Der Reichstag hat aber genau das Gegenteil beschlossen. Er hat denen, die schwerere Vergehen angeklagt sind, den Schutz und die Bürgschaft der Berufung verweigert, sie dafür aber denen gewährt, die leichtere Vergehen angeklagt und sonach dieses Schutzes und dieser Bürgschaft weniger bedürftig sind.

Einen Theil der Schuld an dieser widersinnigen Entscheidung trägt allerdings der liberale Doktrinarismus, der von anständigen Theorien importirt, ohne auch die Verhältnisse, auf welchen jene beruhen, entsprechend zu gestalten. Die Beseitigung der Berufung beruhte auf dem Gedanken, daß der erste Richter aus mündlicher öffentlicher Verhandlung einen klareren Einblick in die Sache und eine sicherere Beurtheilung der Thatsachen gewinne, als der Berufungsrichter, der zum großen Theile schon altentwägig verarbeitetes Material vorfinde. Es hätte dieses vielleicht manches für sich gehabt, wenn man nur nicht alle Beschränkungen und Heimlichkeiten des alten Inquisitionsverfahrens in der Voruntersuchung beibehalten hätte. Der Staatsanwalt hat es in der Hand, hat alle Mittel und Wege, selbst den unruhigsten und fast aus der Luft gegriffenen Verdachtsmomenten nachzuspiiren, die kostspieligsten Mittel und den größten Zeitaufwand zu verwenden, ohne daß der in der Untersuchung Befindliche etwas davon merkt, der sich plötzlich in einem künstlich geschlungenen Netz befindet, dessen Fäden sich ihm oft erst in der öffentlichen Verhandlung entwirren. Dann ist es für ihn meistens zu spät, um den Entlastungsbeweis zu führen. Vielsach merkt er erst in der Verhandlung, um was es sich wesentlich handelt.

Die Wahrheit, die Wahrheit wird von der Bourgeoisie wie von den ärgsten Dunkelmännern gefürchtet. Das preussische Abgeordnetenhaus verhandelte heute die Interpellation v. Eymern, betreffend die Geheimhaltung der Steuer-Erklärungen. Unsere Leser werden beständig finden, was sie heute Morgen in dem Leitartikel „Zur Selbstschätzung unserer Bourgeoisie“ gefunden haben. Die Großgrundbesitzer erheben ein Jetergeschrei über die schlimme Lage der Landwirtschaft, und um dieser willen wird das Brot dem armen Manne vertheuert, damit jene Nothleidenden Millionen einstecken; die Grubenbesitzer, die Eisenindustriellen, die Zuckerfabrikanten, die Ausbeuter aller Gattung wollen auf Kosten der Gesamtheit unterstützt sein, aber — will man ihrer wirklichen Lage auf den Grund gehen, dann sind sie entsetzt, wie die Nachten, wenn man sie an's Licht zieht. Der Minister Herrfurth antwortete auf die Interpellation des Abg. v. Eymern etwas ausweichend. Die Untersuchungen seien noch nicht abgeschlossen, ganz lasse sie sich nicht beseitigen wegen der Wählerlisten. Er erkennt an, daß die Offenlegung der Steuerlisten Unzuträglichkeiten habe und jedes öffentlichen Interesses entbedre (?). — Auf Grund ihres Profits, des Ertrages der Ausbeutung, verlangt die Bourgeoisie Vorrechte, die sie zur Herrin des Staates und der Gesetzgebung machen, und diese Grundlage ihrer bevorrechtigten Stellung im Klassenstaat will sie nicht einmal untersuchen lassen! —

nach und nach den Wahnsinn der Präventiv-Justiz so ziemlich auszuklopfen? Wie? oder sollte man gar in meiner Theilnahme an der heutigen Buchdrucker-Versammlung einen entfernten Versuch zur entfernten Theilnahme am Hochverrath gegen die geheiligte Macht des Kapitals und der in der That reizenden und unübertrefflichen gegenwärtigen sozialen und politischen Weltordnung erblickt haben?

Haben der Herr Doktor nicht einmal einen Wechsel unterschrieben? fragte jetzt der Gerichtsdiener.

Einem Wechsel? Ja, mein Freund, einen Wechsel habe ich einmal unterschrieben, zwar nicht für mich, denn ich bin kein Freund von solchem Instrument, wohl aber für einen Freund, dem solch ein Wechsel Abwechslung in seiner nicht ganz rothigen Lage bringen sollte.

Das ist auch ganz gleich, ob Sie für sich oder für einen Anderen den Wechsel unterschrieben haben.

So! Das bleibt sich gleich? Es mag sein, Sie werden das jedenfalls besser wissen, als ich, der ich in Bezug auf die hier einschlägige Rechtslehre ein vollständiger Laie geblieben bin. Wenn ich Ihnen nun aber sage, daß dieser Wechsel schon bezahlt sein muß?

Das kommt auch vor, daß man schon bezahlte Wechsel gebraucht. Das klärt sich dann vor Gericht auf, und Kläger hat dann die Kosten zu bezahlen.

Aber mir scheint für eine Gerichtsverhandlung die Stunde schon ziemlich vorgeückt zu sein?

Die gerichtliche Vernehmung wird auch erst morgen früh vor sich gehen.

Und wozu dann diese verfrühte Einladung?

Sie ist nicht so verfrüht, als Sie denken, Herr Doktor, denn die Gerichtsdiener sind schon dreimal frühzeitig bei Ihnen gewesen, ohne Sie zu treffen.

Sehr natürlich, weil ich die letzten Tage bei einem Freunde auf dem Lande zugebracht habe.

Das kommt auch vor, aber das Gericht kann nicht immer wissen, warum die Leute früh Morgens nicht in ihren

Wohnungen anzutreffen sind, und da der Herr Advokat die Sache außerordentlich dringlich machte, so nahm der Herr Botenmeister heute dem Revierdiener die Gastordere ab und legte sie in unsere Hände mit dem Auftrage, dieselbe so schnell wie möglich in Ausführung zu bringen. Sehen Sie, und wenn die Sachen einmal bis zu uns gekommen sind, dann dürfen sie auch nicht mehr lange dauern, nicht wahr, Schneider?

Da dürfen sie freilich nicht mehr lange laufen, bemerkte der Kleine schmunzelnd.

Sie sind wohl besonders auf diese Thätigkeit eingerichtet, besitzen eine höhere Geschicklichkeit und darum einen größeren Ruf als die Andern?

Ich schmeichle mir, erwiderte der Gefragte mit selbstbewusstem Lächeln. Sehen Sie, die anderen Kollegen sind ganz gewöhnliche Voten; finden sie den, den sie gewöhnlich zitiiren sollen, so nehmen sie ihn mit; finden sie ihn nicht, so laufen sie unverrichteter Sache wieder weg. Und wenn es also einmal gar zu lange dauert, dann kommt man allemal zu uns, nicht wahr, Schneider?

Ja, da kommt man freilich zu uns, schmunzelte der Kleine von Neuem.

So, und bei mir waren Sie also entschlossen, zu finden?

Ja, sehen Sie, ich sagte, als uns der Auftrag wurde, Sie zu bringen, zu meinem Kollegen Schneider: Schneider, sagte ich, der Herr Doktor ist entweder in der Stadt, oder er ist nicht in der Stadt. Ist er in der Stadt, so verbiirgt er sich vor dem Gerichtsdiener und hält sich entweder in seiner Wohnung verborgen, oder er geht des Morgens frühzeitig aus, um nicht getroffen zu werden. Ist er in seiner Wohnung versteckt, so geht er jedenfalls des Abends aus, und ist er frühzeitig ausgegangen, so kommt er sicherlich bei Zeiten nach Hause, um es den nächsten Morgen nicht zu verschlafen. Folglich, Schneider, sagte ich, ist es das Beste, wir halten von 7 Uhr Abends

Die Gesehesfabrikation schreitet rüstig vorwärts, das Rechtsleben selbst wird durch sie freilich nicht befestigt, das Rechtsbewußtsein, die Rechtsüberzeugung schwindet dabei, der Geist der Willkür, der Bevormundung, der Polizeitaktik beherrscht auch die Rechtsübung. Manches was vor wenigen Jahren noch ernste Klüge gefunden, ist bereits zur Gewohnheit geworden, und es fällt gar nicht mehr auf, Ansprachen von Schwurgerichtspräsidenten an die Geschworenen, in denen dieselben wegen ihrer Urtheilssprüche Lob oder Tadel empfangen, zu vernehmen. In manchen Resumés (kurze Zusammenfassungen der Verhandlungsergebnisse) sieht der Präsident des Schwurgerichts dem Staatsanwalt zum Verwechseln ähnlich. Der § 300 der Strafprozess-Ordnung handelt von diesem Resumé, das nach dem Schluß-Plaidoyer des Staatsanwalts und des Angeklagten vom Präsidenten zu geben ist und bestimmt:

Der Vorsitzende befehlet, ohne in eine Würdigung der Beweise einzugehen, die Geschworenen über die rechtlichen Gesichtspunkte, welche sie bei Lösung der ihnen gestellten Aufgabe in Betracht zu ziehen haben.

Die Bezeichnung des Vorsitzenden darf von keiner Seite einer Erörterung vorzogen werden.

Mit dieser Bestimmung vergleiche man die Rechtsbelehrung des Schwurgerichtspräsidenten in dem vorgestern verhandelten Prozeß Schweiker-Prager. Uebereinstimmend berichten die Blätter:

Um 7 1/2 Uhr begann der Vorsitzende seine Rechtsbelehrung, welche er etwa wie folgt einleitete: Ich beneide die Verteidiger, die je einmal das Nichtschuldig anzunehmen Ueberzeugung beantragen. Wenn die Herren Verteidiger am Richterliche fassen, wird wohl nie mehr Verurtheilungen stattfinden. Ich beneide sie um ihre Menschenfreundlichkeit, und es ist doch merkwürdig, daß, wenn sie, die Juristen sind, so fest von der Unschuld der Angeklagten durchdrungen sind, nicht alle anderen Juristen derselben Meinung sind, sondern noch solche arme Unschuldige auf die Anklagebank gebracht werden. Lassen Sie die Thatsachen, die sich vor Ihren Augen abgespielt haben, auf sich wirken und seien Sie Manns genug, nach Ihrer eigenen Ueberzeugung zu urtheilen. U. s. w.

Das sind ja sehr geistreiche Bemerkungen des Herrn Präsidenten, die zum Theil auch zutreffend sein mögen, nur glauben wir nicht, daß das Resumé für solche bestimmt ist. Jedenfalls aber sind es Aeußerungen, die es wohl verdienen, von der Verteidigung etwas erörtert zu werden. Der § 300 setzt, als er jede Erörterung der Rechtsbelehrung des Vorsitzenden ausschloß, die vollste Objektivität voraus, die weder haben noch dräben anzufechten wäre.

Es handelte sich um einen Fall des versuchten Gattenmordes, um einen Fall, betreffs dessen es wohl nicht einer besonderen Beeinflussung der Geschworenen bedurfte. Auch ohne diese Belehrung wäre wohl das Urtheil der Geschworenen dasselbe gewesen. Um so weniger waren die Worte des Präsidenten am Platz. Wenn schon in solchen Fragen die allgemein gleiche Beurtheilung unterliegt, die Subjektivität des Richters in den Vordergrund tritt, was ist da erst zu erwarten in den Fällen, wo die Gemüther in Parteien gespalten sind, wo einander sich bekämpfende Interessen und Geistesströmungen in den Vordergrund treten? Weiß der Richter nicht bei gemeinen Verbrechen sich objektiv zu verhalten, was soll man da von ihm erwarten, wo seine eigene politische und soziale Anschauung im Gegensatz zu der des Angeklagten steht? Dann bildet sich ein Rechtszustand heraus, bei dem das Recht hinter die Tendenz zurücktritt, wo die eine Partei zu Gericht sitzt über die andere, das scheußliche Zerrbild der Gerechtigkeit: der Tendenzprozeß.

In früheren Zeiten hätten wir uns bei der Erörterung dieser Sache wohl mit den Rechtsvertretern aller Parteien begegnet — heute nimmt die Presse aller Parteien sie mit Schweigen entgegen, einestheils aus Gleichgültigkeit, weil sie an Derartiges bereits gewöhnt ist, andernteils aus Furcht, sich mit den verbrecherischen Angeklagten zu identifiziren.

Eine „moralische“ Betrachtung an diesen Prozeß knüpft die „Vossische Zeitung“. Dieselbe bemerkt sich aber nur auf dem Gebiet der innerhalb der „Gesellschaft“, d. h. des kleinen Bereichs der höheren Klassen, und der innerhalb derselben sich abspielenden Plänkeleien. Sie stellt einander gegenüber die „Heerdenmoral“ der Spießbürger und die „Herrenmoral“ der Jünger Nietzsche's. Sie tritt für den „Pfahlbürger“, den „Philister“, den „Tertiärmenschen“ ein, den die Lieblingschriftsteller der modernen Bourgeoisie, die Vertreter der neuesten Bourgeois-Philosophie, die sich „ausleben“ wollen und die ihren Standpunkt „jenseits von Gut und Böse“ einnehmen, als kleingeistig,

in der Nähe seiner Wohnung wacht, und ich wette um meinen Kopf, daß, wenn er überhaupt in der Stadt ist, wir ihn heute Abend werden kommen oder gehen sehen. Habe ich das nicht gesagt, Schneider?

Das hast Du freilich gesagt.

Ich bewundere wirklich Ihren Scharfsinn, meine Herren; aber, um nun endlich zu einem Resultate zu kommen: wäre es nicht besser, wenn Sie mich heute Nacht ganz ruhig in meinem Bett schlafen lassen und morgen früh wieder kämen, um mich abzuholen?

Es thut mir leid, Herr Doktor, aber dies widerspricht unserer Ordre, und außerdem würden wir genöthigt sein, Sie die ganze Nacht zu bewachen.

Wenn ich Ihnen nun aber mein Ehrenwort gebe, daß Sie mich zu Hause finden werden?

Ihr Ehrenwort mag unter Bekannten viel gelten, aber wir, die wir Sie nicht kennen, müssen das Gewisse dem Ungewissen vorziehen. Kennen wir einmal unsere Leute, nun, dann richten wir uns schon nach Möglichkeit mit ihnen ein. Und übrigens, Herr Doktor, kann es ihnen nur lieb sein, wenn Sie so in der Dunkelheit dorthin gehen, Niemand sieht Sie dann und Sie vermeiden das Gerede der Leute.

Aber ich habe noch nicht einmal zu Abend gegessen.

O, was das betrifft, so können Sie ja unterwegs in eine Restauration gehen und in aller Eile einen Imbiß nehmen. Es entsteht uns freilich dadurch ein Zeitverlust, nicht wahr, Schneider?

Ein Zeitverlust entsteht uns freilich.

Ich werde Sie entschädigen, wenn Sie erlauben, und übrigens sind Sie meine Gäste.

Wir rechnen es uns zur Ehre, bemerkte der Gerichtsdiener und schritt nunmehr zur Seite seines Inhabers, während der Kleinere einige Schritte hinter ihnen ging.

(Fortsetzung folgt.)

urwäldlich und mittelalterlich bezeichnen. Wir müssen verstehen, daß wir der Welt und der Gesellschaft, in der dieser Streit geführt wird, zu fremd gegenüber stehen, um deren Feinheiten und Raffinements zu beurteilen. Die Gesellschaft, von welcher die „Tante Bos“ spricht, erscheint uns wie ein Misthaufen, auf welchem die Mistläser über Moral und Immoral sich streiten und die „Tante Bos“ sich als Vertreterin der guten Moral hinstellt. —

Daß auch gebildete Menschen Rohheiten begehen, namentlich in den Flegeljahren, und — auch in reiferem Alter — unter der Einwirkung geistiger Getränke, ist eine bedauerliche, aber nicht befremdende Tatsache. So schreibt die „Börsen-Zeitung“ zu dem geplanten Unfittlichkeitsgesetz, um die Forderung zu ziehen, daß diese gebildeten Menschen, welche Rohheiten begehen, mit anderem, d. h. milderem Maße gemessen werden sollen. Wer sind nun diese gebildeten Menschen, deren Rohheiten einer mildereren Beurteilung unterliegen sollen? Natürlich solche, die den sogenannten „besseren“ Ständen oder den herrschenden Klassen angehören. Wenn es sich um Rohheiten handelt, sollte man glauben, wäre gerade an gebildete Leute ein strengerer Maßstab anzulegen — man sollte es glauben, wenn man nicht in einem Klassenstaate wohnt. Die Sorge der „Börsen-Zeitung“ geht bei dem Unfittlichkeitsgesetz besonders dahin, daß verübt werde, daß „ehrenhafte“ Personen der Gefahr schimpflicher Bestrafung ausgesetzt werden, und unter „ehrenhaften“ Personen scheint sie die gesamte Bourgeoisie im Gegensatz zu den Proletariern zu verstehen. Gegen diese ist kein Gesetz hart genug, nur muß man es so einrichten, daß die „ehrenhaften“ Männer der Bourgeoisie nicht getroffen werden. Das ist die Bourgeois-Moral, die der jesuitischen noch ein paar Nasenlängen voraus ist. —

Gehäusucht. Das Häusuchen verursacht der „Kreuz-Zeitung“ Beklemmungen — nicht die Sache — behüte! — sondern das Wort. Ihr ästhetisch-grammatikalisches Gefühl, das die h-lyprigten und gewaltthätigsten Stephan-Verdeutschungen ohne zu zuden hinimmt, wird verlegt „durch das schöne neue Wort: gehäusucht“, das der „Vorwärts“ vorgestern in einer Notiz gebrauchte. Schön ist das Wort allerdings nicht — so wenig wie die Probeur, welche es ausdrückt — aber neu ist es auch nicht — sondern seit Jahrzehnten in der sozialdemokratischen und auch in der sonstigen oppositionellen Presse eingebürgert. Die „Kreuz-Zeitung“ verrät durch ihre Bemerkung wieder einmal ihre Unwissenheit in sozialdemokratischen Dingen. Ueber die Richtigkeit der Wortbildung wollen wir nicht streiten — jede falls ist „gehäusucht“ ebenso richtig, wie genasführt — und häufig gleichbedeutend für die Häusucher. —

Buben-Moral. In der letzten Nummer der hiesigen Studenten-Zeitung „Vivat Academia“ — des angeblich „parteilosen“ Organs der Berliner Studentenschaft — findet sich eine Briefkasten-Notiz des Inhalts:

„Junge Damen werden an deutschen Hochschulen nicht zugelassen. Es ist das auch ganz unmöglich, denn junge und schöne Damen kommen hier immer fort, wenn sie nur die ars amandi lernen.“

Ars amandi heißt wörtlich die Kunst zu lieben und ist der Titel eines Ovidischen Gedichtes, welches unter der Kunst des Liebens die Kunst der Uhlidixne versteht. Nach der Briefkasten-Notiz der hiesigen Studenten-Zeitung sollen die Frauen und Mädchen also statt der Wissenschaften die Kunst der Uhlidixne studieren und sich der Prostitution ergeben — was doch die selbstverständliche Konsequenz!

Und das sagt ein Organ der deutschen Studentenschaft! Daß unsere Studenten von heute, unter dem entsittlichenden und verdummenden Einfluß der Aera Bismarck ausgezogen, in ihrer großen Mehrheit den „grobmateriellsten Charakter“ der besitzenden Klassen haben, aus denen sie hervorgegangen sind, das liegt in der Natur der Verhältnisse und Menschen. Und wir haben es schon bei früheren Gelegenheiten ausgesprochen, daß wir die geistige und moralische Verrohung des deutschen Studententums durchaus nicht als einen „Rückschritt“ betrachten, sondern als die notwendige Folge unserer Fortschritte in der ökonomischen und sozialen Entwicklung. Allein diese Reklame für die Prostitution im Munde studierender Jünglinge — und seien sie zehnmal Bourgeois-Söhnchen oder gar „Edelste der Nation“ — das ist fürwahr doch stark! Und wo Solches möglich, wo die Korruption und Immoralität sich so tief eingefressen hat in den „besten Kern“ der Nation — in das Herz Derer, die als „die Zukunft unseres Volkes“ gefeiert werden — da wähnt man, der Prostitution durch ein Polizeigesetz steuern zu können! Der italienische Dorfpolizist, der oben auf dem Vesuv die Verordnung anschlug: Ein Ausbruch des Vulkans ist bei Strafe verboten! hatte ungefähr gleich viel staatsmännischen Verstand.

Und dieser italienische Dorfpolizist lebte nur in einem Wohlstand! Der Gesekentwurf gegen das Zuhälterthum und die Prostitution aber ist bittere Wahrheit — und gerade darum eine um so bitterere Satire auf die herrschende Zivilisation und Staatsweisheit. —

Vorige Woche hielt der englische Bergarbeiter-Bund in Stoke-on-Trent — seinen Jahreskongress ab. Die Zahl der Delegierten betrug 47; dieselben vertraten 178 600 Mitglieder. Der Bund wurde erst vor vier Jahren gegründet; im ersten Jahre hatte er 36 000, im zweiten 96 000 Mitglieder — und das vorige Jahr begann er mit 101 000, die sich im Laufe des Jahres um 77 000 vermehrt haben. Das sind sehr günstige Ziffern, und günstig ist auch der Massenbestand. Der Bund verfügt über etwas mehr als eine halbe Million Pfund Sterling, d. h. über zehn Millionen Mark. Zehn Millionen! Auf den ersten Blick scheint es viel; wenn wir es aber auf 178 600 Männer, zum größten Teil mit Familien vertheilen, und wenn wir bedenken, welche Summen der Streik von 10 000 deutschen Buchdruckern soeben verschlungen hat, dann erscheint der Betrag etwas weniger imponant. Genügt er für die bevorstehenden Kämpfe? Denn es ist Krieg in Sicht. Die Löhne sollen herabgesetzt werden — die famose Sliding Scale giebt den Grubenbesitzern jetzt eine bequeme Handhabe, um die Folgen der Geschäftskrise auf die Arbeiter abzuwälzen — und die Arbeiter wollen das nicht dulden. Reichen die Mittel zu einem Streik aus? Die Frage wurde verhandelt, ernst und sorgfältig verhandelt, — Zweifel wurden laut, aber der Beschluß ward doch einstimmig gefaßt, keine Lohn-

reduktion sich gefallen zu lassen. Man trennte sich mit dem Entschluß, fest zusammen zu halten und bis zum Äußersten sich jeder Lohnverkürzung zu widersetzen, und im Kampf um den acht stündigen Arbeitstag fortzufahren.

So steht denn in England ein Riesestreik in ziemlich sicherer Aussicht, da nicht anzunehmen ist, daß die englischen Grubenbesitzer von ihrem Voratz abstehen werden. Wir glauben nicht, daß die englischen Kohlengräber auf die Dauer im Stande sein werden, dem Ansturm des Kapitals zu widerstehen. Allein wir wissen auch, daß ihre Niederlage sie dem Ziel der Arbeiterbewegung: der Emanzipation der Arbeiterklasse, näher bringen wird. Als Gewerksvereiner werden sie — gleich den deutschen Buchdruckern — der Masse nach in den Streik hineingehen, und herauskommen werden sie als Sozialdemokraten. —

Die italienische Deputirtenkammer hat in geheimer Abstimmung mit 177 gegen 66 Stimmen die Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn angenommen.

Die Nachrichten aus Spanien sprechen von Unruhen im Süden des Landes. Das alberne Anarchistenmärchen hat nicht lange vorgehalten. Der Polizeimurmeschanz hat ein Ende — es ist bitterer Ernst: die „schwarze Hand“ — mano negra — ist auf dem Feld erschienen, und sie ist an der Arbeit. Und die „schwarze Hand“ Spaniens hat, wie wir bereits hervorhoben, ebenso gut ihren sozialen Untergrund, wie die Mafia und Camorra Italiens, nur mit dem Unterschied, daß der bäuerliche und revolutionäre Charakter viel mehr gewahrt ist. „Banditen“ verwüsten das Land zwischen Xerez und Cadix — so wird uns gemeldet. Nun — Banditen, das heißt eigentlich: Verbannte — Besiegte, Unterdrückte — kurz Verfolgte, die ihrerseits Krieg führen gegen die Unterdrücker. In diesem Sinne ist der Ausdruck Banditen für die spanischen „Aufrührer“ richtig. Es handelt sich um zweifelhaft um einen Bauernaufstand, der schon jetzt eine ziemlich bedeutende Landfläche ergriffen hat und sich fortwährend ausdehnt. Da auch Spanien eine schlechte Ernte gehabt hat, und da das bischen Handel und Industrie des durch seine Pflaßen und seine Edelsten der Nation elend zu Grunde gerichteten Volkes von der allgemeinen internationalen Geschäftskrise ergriffen ist, so herrscht ein ungläublicher Nothstand, und überall ist Hungerstoff aufgehäuft. Die Feinde der Regierung sind aber nicht blind, und aus den Hungerkrawallen könnte sehr leicht eine politische Revolution hervorkommen. Die Regierung ist ohnmächtig. Dieser kritischen Situation steht sie mit leeren Kassen gegenüber. Die Steuern sind nur zum kleinsten Theil einzutreiben, und Niemand borgt dem bankrotten Staat. —

## Parlamentarisches.

Von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion sind in die Kommission zur Vorbereitung des von den Freisinnigen eingebrachten Antrages auf Ergänzung des Wahlgesetzes (Schutz des Wahlgeheimnisses) der Abgeordnete Kuer und in die gestern beschlossene Kommission zur Verabredung des Abkommens zwischen dem Reich und Oesterreich-Ungarn über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz die Abgeordneten Stadthagen und Zuhaver gewählt. In ihrer letzten Sitzung hat die Fraktion beschlossen, für die Annahme des Handelsvertrages zwischen Deutschland und der Schweiz und gegen die Verweisung desselben an eine Kommission zu stimmen. Den Standpunkt der Fraktion im Plenum zu motiviren hat der Abgeordnete Schippel übernommen.

## Parteinachrichten.

Die Landfriedensbruch-Affäre von Buer hat mit dem Spruche der Richter von Münster ihre Sühne gefunden. Sie säßen gegen die Angeklagten folgendes Urtheil: Aid wurde wegen Landfriedensbruchs und Todtschlags zu 15 Jahren, Konrad Lang zu 15 Jahren, Mortensohn zu 14 Jahren, Nolte, Ludwig Pang und Hartmann zu je 10 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Die gegenwärtige Presse giebt sich große Mühe, jenen Landfriedensbruch der sozialdemokratischen Partei aufzuhalten und damit die von ordnungsparteilicher Seite gegen Sozialdemokraten verübten Landfriedensbrüche zu kompensiren. Die Genannten haben aber mit der Sozialdemokratie nichts zu thun. Es ist bezeichnend, daß gerade in jenen Gegenden, wo die Frommen beider Konfessionen ihre Hauptquartiere haben, Gewaltthätigkeiten unter der Bevölkerung weit öfter vorkommen, als in solchen Distrikten, wo die Herrschaft der Geistlichkeit gebrochen ist. Es beweist dies die Unfähigkeit der Kirchen, wahren Humanismus Eingang zu verschaffen. Bemerkenswertig ist, daß die oben genannten Verurtheilten sämmtlich leugneten, zuerst angegriffen zu haben; sie seien von den Bauern überfallen worden und hätten daher nur im Zustande der Nothwehr gehandelt.

Die Laudation ist Verhandlungsgegenstand einer Konferenz, welche am 24. Januar die Sozialdemokratie Dippoldts in Lage abhält.

Anschluß der Buchdrucker an die Sozialdemokratie wird ferner gemeldet aus Elberfeld, Dresden, München, Arnstadt.

Durch Wanderversammlungen hat der Stettiner sozialdemokratische Wahlverein seine Mitgliederzahl erfreulich vergrößert.

Todtenliste der Partei. In Hemelingen verstarb am 18. Januar in Folge Schlaganfalls der Bildhauer August Bentgerodt aus Uelsen im Alter von 40 Jahren. Derselbe war erster Kassirer des sozialdemokratischen Wahlvereins.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Gegen den Bergmann August Siegel, welcher kürzlich sei, erlich die Dortmund Staatsanwaltschaft am 18. Januar einen Steckbrief. Die Westfälische Freie Presse“ hatte bekanntlich die Nachricht von der Flucht Siegel's für falsch erklärt. In einer weiteren Nummer sagt das Blatt: „Hinter der Notiz steht soviel Wichtiges, als Siegel sich nicht zum Austritt seiner Strafe dem Gesängnis gestellt hat. Es war ein Angebot seitens amerikanischer Bergleute deutscher Junge gekommen, jenseits des Ozeans eine sechsmonatliche Agitation unter ihnen auszuführen. Wenn man weiß, wie notwendig den internationalen Agitationsbestrebungen des Grubenkapitals gegenüber eine scharfe Agitation unter den Bergarbeitern der kolossalen Grubendistrikte Nordamerikas ist, dann ist es Jedem, der Siegel's Eifer kannte, verständlich, wenn Siegel es zunächst für wichtiger und für eine größere Pflicht hielt, diese Agitation in die Hand zu nehmen, statt sich derselben durch Stellung im Gesängnis zu entziehen.“

— Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt das Landgericht Glatz den Steinbrucharbeiter Franz Hannig aus Deutengrund zu 2 Monaten Gefängniß. Er war in einer katholischen Arbeiterversammlung zu Neurode beim Hoch auf den Kaiser trotz wiederholter Aufforderung sitzen geblieben.

## Versammlungen.

Der Wahlverein für den 6. Reichstags-Wahlkreis hielt Dienstag Abend in Knebel's Salon, Badstr. 68, eine Sitzung ab, in der zunächst Reichstags-Abgeordneter Karl Grillenberger über die freisinnige Agitation für Aufhebung des Alters- und Invaliditätsgesetzes und die Stellung der Sozialdemokratie sprach, indem er etwa folgenden Gedankengang entwickelte: Das Alters- und Invaliditätsgesetz hat Niemand zufrieden gestellt, besonders sind es aber die Großgrundbesitzer und Großindustriellen, die ihrem Unwillen dagegen schon nach dem Inkrafttreten des Gesetzes Luft gemacht haben; sie meinen, für die Arbeiter sei schon zu viel geschehen. Jetzt wird von freisinniger Seite eine Agitation gegen das Gesetz betrieben, zunächst zwar in der Provinz, doch sind Zustimmungserklärungen der Herren Eugen Richter und Schend von Stauffenberg zu der Agitation in den betreffenden freisinnigen Versammlungen verlesen worden. Man will wohl erst in der Provinz eine Bewegung anwachsen lassen, um nachher in der Reichshauptstadt etc. auf die Unzufriedenheit der Provinz hinweisen zu können. Wir haben f. B. das Gesetz, das technisch falsch aufgebaut und so wenig arbeiterfreundlich ist, im Reichstags abgelehnt, weil wir die Verantwortung für die vielen Mängel nicht übernehmen konnten, sondern die Regierung zwingen wollten, ein neues Gesetz, das denselben Grundgedanken hat, aber den Arbeitern günstiger ist, vorzulegen. Das Einzige, was für uns in dem Gesetze Muth hat, ist sein Grundgedanke; es geht davon aus, daß der Einzelne nicht im Stande ist, für sein Alter genug zu sorgen und daß auch unter den heutigen Verhältnissen schon die Allgemeinheit für die Alten und Schwachen zu sorgen hat. Die anderen Parteien mögen alle Paragraphen des Gesetzes abschaffen und nur den Grundgedanken bestehen lassen und uns das Weitere überlassen, so werden wir sehr weit Befreies als das bestehende Gesetz schaffen. Der Gedanke aber, daß schon in der heutigen Gesellschaft die Gesamtheit für die Alten und Schwachen zu sorgen hat, darf nicht wieder verschwinden. Dieser dem Sozialismus verwandte Gedanke ist es gerade, den die Freisinnigen heften; sie haben es oft ausgesprochen, daß sie die Abschaffung des Gesetzes wollen, weil es die Begehrlichkeit der Massen und den sozialistischen Gedanken fördere. Sie sagen, der Beamte, der als Stottdolener Diener der Gesamtheit sei, habe wohl Anspruch auf Pensionirung durch den Staat, nicht aber der Arbeiter. Der heutige Arbeiter ist als der Verfolger der ganzen Gesellschaft, auf den alle Andern angewiesen sind, versorgungsberechtigter als jeder Andere. Aber gerade weil das Gesetz diesen Rechtsanspruch des alten und schwachen Arbeiters anerkennt, deshalb sind die freisinnigen Gegner des Gesetzes. Nebenbei bemerkt dann die zahlreichen Mängel des gegenwärtigen Gesetzes, das namentlich auch den kleinen Landwirthe und Handwerksmeister arg belastet, es diesen so leicht ins Proletariat hinabsinkenden Personen aber unumgänglich macht, sich selbst die Invaliden- und Altersrente zu sichern, wenn sie nicht einen unverhältnismäßig hohen Beitrag für eine lächerlich geringe Rente zahlen wollen. Die Freisinnigen suchen nun die Unzufriedenheit, die das bestehende Gesetz überall erweckt, für Abschaffung desselben auszunutzen; sie treiben Bauernsorg. Ein von Demokraten 1849 ausgearbeiteter Plan für eine Unterstützung der Arbeitsunfähigen, den Redner mittheilt, zeigt aber, daß der Grundgedanke des gegenwärtigen Gesetzes viel einfacher und besser durchgeführt werden kann, daß also das Gesetz nicht abgeschafft, sondern nur gründlich verbessert zu werden braucht. Deshalb wollen wir das in seinem Grundgedanken uns günstige Gesetz behalten und verbessern. Wir wissen nicht, wie lange wir unter den gegenwärtigen Umständen noch zu leiden haben. Deshalb müssen wir Alles ergreifen, was die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse erhöhen kann; wollten wir das nicht, so wäre ja auch die ganze gewerkschaftliche Bewegung überflüssig. Wir meinen, daß die rapid wachsende Bewegung uns in absehbarer Zeit Einfluß im Innern verschaffen wird und haben deshalb danach zu streben, zu ändern und zu bessern. Es handelt sich nun darum, daß die Arbeiter sich nicht dreifach lassen und ihre Unterschrift nicht zu Petitionen für Abschaffung des Alters- und Invaliditätsgesetzes hergeben. Alle diese Gesetze lösen ja nicht die soziale Frage, aber das Wenige, was sie uns bieten, müssen wir bis aufs Tüpfelchen ausnutzen. Im Laufe der auf diesen Vortrag folgenden Diskussion, an der sich mehrere Genossen beteiligten, gelangte folgende Resolution zur Verlesung:

„Die heutige Volksversammlung erklärt: Das Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter ist, obwohl auf einem gesunden, dem Sozialismus verwandten Grundgedanken beruhend, in seiner Organisation durchaus verfehlt, und in zahlreichen Bestimmungen, namentlich in denjenigen über die Höhe der Rente, die Altersgrenze, die Berechtigung zum Bezug von Invalidenrente, die Höhe des Reichsbeitrages, den gegenwärtig bestehenden Ausschluß selbständiger Handwerker und Landwirthe vom Rentenbezug, sodann in puncto der unständlichen, bläufigen Manipulationen, die mit dem Gebrauch der Marken und Karten verknüpft sind, dringend verbesserungsbedürftig. Die Versammlung erwartet, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages in Bezug auf Anträge zur Umgestaltung des genannten Gesetzes die Initiative ergreifen werden. Die gegenwärtig von den sogenannten „Freisinnigen“ und einem Theil der Ultramontanen in Szene gesetzte Agitation für Aufhebung des ganzen Gesetzes kann zwar als eine ernsthafteste politische Aktion nicht ausgefaßt werden, immerhin aber nimmt die Versammlung insofern Anstoß von dieser künstlich ins Werk gesetzten Bewegung, als daraus hervorgeht, daß die Unternehmer derselben Feinde des Prinzips der staatlichen Invaliden- und Altersversorgung sind, mit dieser Agitation aber lediglich Bauernsorg treiben wollen.“

In seinem Schlusswort forderte der Referent die Anwesenden auf, in einer Reihe künftiger Versammlungen diese Gedanken weiter zu verbreiten. Die Resolution wurde hierauf angenommen. Der Kassirer verlas sodann den Massenbericht vom letzten Vierteljahre. Danach war zu Beginn desselben ein Bestand von 345,42 M. vorhanden, zu welchem eine Einnahme von 641,76 M. kam, so daß die Kasse über 877,18 M. zu verfügen hatte. Ausgegeben wurden für Agitation 300 M., für Druckachen 102 M. und für verschiedene andere Dinge insgesammt 190,95 M. Es ist demnach ein Bestand von 394,83 M. verblieben (von dem jedoch bereits in voriger Versammlung 250 M. für die Buchdrucker und Handschuhmacher bewilligt wurden). Auf Antrag der Referenten ertheilte die Versammlung dem Kassirer Decharge. Derselbe beschloß dann auf Antrag des Vorstandes, daß dieser ein Flugblatt herausgeben solle, um unter den 42 000 Wählern, welche bei der letzten Reichstagswahl sozialdemokratisch gestimmt haben, neue Mitglieder für den sozialdemokratischen Wahlverein zu gewinnen. Ferner wurde beschlossen, den kranken und arbeitslosen Mitgliedern den Beitrag ohne Zahlung des Geldes abzumehmen. Einem früher ausgeschlossenen Genossen, dem sein Fehler leid that, wurde der Eintritt in den Verein wieder gestattet. Nachdem der Vorsitzende dann nachgeholt hatte, die Versammlung von dem Ableben des Genossen Ludwig Bernikow in Kenntniß zu setzen, zu dessen Ehren die Anwesenden sich erhoben, wurden noch einige Fragen erledigt, worauf der Vorsitzende die Genossen aufforderte, recht zahlreich das Stiftungsfest zu besuchen und für wirksame Verbreitung des Flugblattes zu sorgen. Die Versammlung ging unter kräftigem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

# Theater.

Freitag, den 22. Januar.  
**Opernhaus.** Rignon.  
**Schauspielhaus.** Nathan der Weise.  
**Festung-Theater.** Die Großstadtluft.  
**Deutsches Theater.** Kollege Crampton.  
**Berliner Theater.** Minna von Barnhelm.  
**Residenz-Theater.** Madame Mon-gobin. Vorher: Mobeazar Violet.  
**Wallner-Theater.** König Krause.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Das Sonntagsgeld.  
**Thomas-Theater.** Cacao.  
**Sollikant-Theater.** 3 Müller.  
**Abend-Theater.** Der Hüttenbesitzer.  
**Adolph Ernst-Theater.** Der Langtanzel.  
**Alexanderplatz-Theater.** Schwarze Brüder.  
**Festpalaß.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konkordia-Palaß-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Baummann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Eiskeller.** Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

**Gratweil'sche Bierhallen.**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Heute sowie täglich:  
 Auftreten der  
**Hamburger Gaudebrüder**  
 Konzert- und Louplefänger.  
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags  
 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf.,  
 Sonntags 25 Pf.  
 Empfehle meinen berühmten Mittags-  
 tisch à la Duval. 3 Regelbahnen  
 6 Billards, 2 Säte. 1169L

**Stabliement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion A. Köhmann.  
 Dienstag und Freitag: Walker-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Auswahl von Pagenhofer  
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

**Castan's Panopticum**  
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.  
**Neu:**  
 Die fliegende  
**Geigen-Fee.**  
 Lebend, ohne Extra-Entree. Neueste  
 musikalische Illusion. Vorstellungen:  
 12 Uhr u. 1 Uhr. — 4, 6, 7, 8 und  
 9 Uhr Nachmittags.  
 Kolossal-Gruppe: Bauern-Anstand!  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Passage-Panopticum.**  
 Lebensgroße  
 Wachfiguren und  
 Gruppen, Dioramen,  
 Sündfluth - Panorama  
 mit Gewitter.  
 Im Theater-Saal (ohne  
 Extra-Entree): Täglich  
 v. 6 Uhr ab Vorstellung  
 von Spezial. I. Rang.  
 Entree 50 Pf.

Viel neue Spezialitäten.  
**La belle Irene,**  
 die tätowirte Amerikanerin in  
**Präuscher's anatomischem  
 Museum**  
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.  
 Täglich für erwachsene Herren.  
**Dienstag und  
 Freitag für Damen.**  
 Künstliche Zähne 2 Mark.  
 Plomben von 1,50 M. an. Schmerz-  
 loses Zahnziehen im Sprechstunden-  
 8-7 Uhr. Zahnarzt Robert Wolf,  
 Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins  
 Andreasstr. 23 d. v.

Allen Freunden und Kollegen  
 zur Nachricht, daß unser Kollege,  
 der Kartonnarbeiter 1070b  
**Otto Bleich**  
 am 19. Januar an der Prole-  
 tariatskrankheit verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 24. Januar, Nach-  
 mittags 3 Uhr, vom Kranken-  
 hause Friedrichshain aus nach  
 dem St. Georgen-Kirchhof in  
 Weissenhof statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung  
 wird gebeten.  
 Die Kollegen von Jakobsohn.

**HOHENZOLLERN-GALERIE**  
 an der Moltke-Brücke neben dem Lehrter Bahnhof.  
 Größtes historisches Rundgewölbe.  
 Brandenburg-Preussen von der Zeit des Grossen Kurfürsten bis zur  
 Gegenwart. 1917L  
 Schließung 9 Uhr Vorm. bis 11 Uhr Abends. Die Direktion.  
 Eintritt bis 25. Januar 2 Mk.

**Circus Renz.**  
 Pariserstr.  
 Freitag, den 22. Januar 1892,  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Romiker-Vorstellung**  
 mit neuen kom. Entrees und Inter-  
 mezzo von den Klowns C. Godlowsky,  
 3 Gebr. Briatore, Gebr. Diana und  
 Wars, Paul, William, Gebr. Krone-  
 mann, Herrmann, Misco etc. Ausser-  
 dem: Emir u. Bin Baschi (Gastronom)  
 dreifür und vorgeführt von Herrn Franz  
 Renz Auftreten der Schulreiterin  
 Mile Vidal Schulpferd Gyd, geritten  
 von Herrn Gaberel. Ford und Sohn,  
 höchst komische Reitstücke von mehreren  
 Herren. Auftreten der vorzüg-  
 lichen Reiterinnen und Reiterkünstler.  
**„Auf Helgoland“**  
 oder: Ebbe und Fluth.  
 Große hydrologische Ausstattungs-  
 Pantomime in 2 Akten mit  
 National-Tänzen (60 Damen), Auf-  
 zügen u. Ferner Dampf- u. Boot-  
 fahrten, Wasserfälle, Riesenfontänen mit  
 allerlei Lichteffekten u. arrangirt und  
 inszenirt vom Direktor E. Renz.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Parade-Gala-Vorstellung.**  
 Zum 125. Male:  
**„Auf Helgoland.“**  
 Sonntag zwei Vorstellungen. Nach-  
 mittags 4 Uhr (1 Kind frei). Auf viel-  
 faches Verlangen: **„Die Touristen.“**  
 Abends 7 1/2 Uhr: Auf Helgoland.  
 E. Renz, Direktor.  
 Die Beleidigung gegen Herrn Eter-  
 ling nehme ich zurück. 1078b  
 H. Kern, Stromstr. 23.

**Circus G. Schumann.**  
 Friedrich-Carl-Platz, Ecke Karlstr.  
 Freitag, den 22. Januar 1892:  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Gala-Vorstellung.**  
 Besonders hervorzuheben:  
**Das Drei-Stage-Ra. oussel** mit  
 25 Pferden, dargestellt von Herrn Max  
 Schumann. Doppel-Voltege von Miss  
 Florence und Willy. Auftreten der  
 Equilibristin Miss Elly Fortitt. Mr.  
 Jos. Hodgins, Jongleur zu Pferde. Alt-  
 deutsche Quadrille, geritten von sechs  
 Damen und sechs Herren. „Bande“,  
 engl. Volkstanz, in der hohen Schule  
 geritten von Herrn Ernst Schumann.  
**Doppel-Parforce-Arbeit** von den  
 Herren Victor und Hessa. Konkurrenz  
 zwischen drei englischen Springpferden,  
 geritten von den Herren Boyer und  
 Gebr. Fesse.  
**Romische Entrees** sämtl. Klown's.  
 Zum Schluß der Vorstellung:  
**M. W. oder Berliner Kinder im Sommer**  
 und Winter. Gr. Wasser- und Feuer-  
 Pantomime mit großartiger Ausstattung  
 und sensationellen Wasser-, Licht- und  
 Feuer-Effekten. (Leitere von den Pyro-  
 technikern Brandt & Sohn.)  
**Militärische Evolutionen** von  
 40 Damen in Uniform der Ratha-  
 uower Husaren und des 1. Garde-  
 Regiments.  
 Morgen: Gr. Vorstellung.  
 Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
 Extra arrangirte Kinder-Vorstellung.  
 Preise für Kinder Loge 1,50. Speerth  
 und Tribüne 1 M. 1. Pl. 60 Pf.,  
 2. Pl. 40 Pf., 3. Pl. 20 Pf.

**Kurhans-Friedenau.**  
 Sonnabend, den 23. Januar 1892, Abends 8 Uhr:  
**Große öffentl. Volks-Versammlung**  
 für Friedenau, Steglitz und Umgegend.  
 Tagesordnung:  
 1. Fortsetzung der Diskussion der letzten Versammlung über die Taktik  
 der Partei. 2. Wie stellen sich die Orte Friedenau und Steglitz zu den Ge-  
 meindewahlen. 3. Verschiedenes. 420/13  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

**Allgemeiner deutscher Sattlerverein.**  
 Sonnabend, 23. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Wiesecke, Alte Jakobstr. 83,  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Sassenbach, über „Gefängnisarbeit“.  
 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.  
 NB. Ausgabe der Billets zu dem am 30. Januar bei Buggen-  
 hagen (Moritzplatz) stattfindenden Maskenball. Der Vorstand.

**Tischler-Verein.**  
**General-Versammlung**  
 am Sonnabend, den 23. Januar, Abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Viertel- und Jahresbericht. 2. Bericht der Bibliothek und Wahl  
 eines Bibliothekars. 3. Antrag auf Unterstützung der Buchdrucker. 4. Innere  
 Vereinsangelegenheiten. 1066b  
 Ausgabe der Billets zum Maskenball. Quittungsbuch legitimirt.  
 Der Vorstand.

**Filiale der Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins.**  
**Versammlung**  
 am Sonnabend, 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Feind's Salon, Weinstr. 11.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag: Die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeiter-  
 bewegung unter besonderer Berücksichtigung der Frauen. Referent Frau  
 Rohrlad. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Unterstützungen. 5. Verschiedenes.  
 Nachdem gefälliges Beisammensein und Tanz. Nur die Besucher  
 der Versammlung können am Tanz teilnehmen. Gäste haben Zutritt. Zeller-  
 sammlung findet statt. Um zahlreiches Besuch bittet Der Bevollmächtigte.

**Öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer**  
 zu Gunsten der  
**Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung**  
 am Sonnabend, 23. Januar, Abends 8 Uhr,  
 in Schmiedel's Festhale (fr. Dryheum), Alte Jakobstr. 32.  
 T. O.: 1. Vortrag über „Die sozialistische Gesellschaft“. Referent  
 S. T. 2. Diskussion. — **Gefälliges Beisammensein.**  
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet Genossen und Genossinnen ein  
 Der Einberufer.

**Achtung!**  
**Marmor- und Granitarbeiter.**  
**Große öffentliche Versammlung**  
 am Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Deigmüller's Lokal,  
 Alte Jakobstr. 48a.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über Lokal- oder Zentralisation. Referent Herr Reher a. u.  
 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Zentralisationsfrage der Hamburger  
 Kollegen. 4. Verschiedenes. 290/9  
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller  
 Kollegen dringend notwendig.  
 Der Einberufer.

**Achtung! Lederarbeiter.**  
**Öffentliche Versammlung**  
 am Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei Reher, Annenstr. 16.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Rechnungslegung der Agitationskommission. 2. Die Organisations-  
 frage. Referent Herr Rob. Schmidt. 3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliches.  
 Da in dieser Versammlung über die Verschmelzung mit den  
 Albm-, Karton-, Glas- und Luxusapparatarbeitern Beschluß gefaßt werden  
 soll, so erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen  
 1065b  
 Die Agitationskommission.

**Achtung! 4. Wahlkreis.**  
**Große Volks-Versammlung**  
 am Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr,  
 im Böhmisches Bräuhaus, Landsberger Allee 11-13.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Max Schippel, über: Das  
 neue Programm der Partei. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 991/14 Der Einberufer.

**Öffentliche**  
**Kommunalwähler-Versammlung**  
 für Rummelsburg-Frohagen  
 am Sonntag, 24. Januar, Vorm. 11 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Gorchmann,  
 Hauptstr. 11.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Stellungnahme zur bevorstehenden Wahl der Gemeindevertretung,  
 event. Wahl eines Wahlkomitees. Referent Genosse G. Reher, Regierung-  
 baumeister a. D. 2. Verschiedenes. 878/10  
 Nicht der Einwohner ist es, in dieser wichtigen Versammlung recht  
 zahlreich zu erscheinen Der Einberufer.

**Zentral-Frankenkasse der Maurer,  
 Steinhauer, Stuckateure etc.** (Grundstein zur  
 Einheit.)  
**Öffentl. Mitglieder-Versammlung**  
 am Sonntag, 24. Januar, Vorm. 10 1/2 Uhr,  
 im Lokale des Herrn Orschel, Sebastianstr. 39.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 4. Quartal und Bericht der Revisoren.  
 2. Entgegennahme etwaiger Beschwerde gegenüber der örtlichen Ver-  
 waltung. 229/10  
 3. Innere Kassenangelegenheiten.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die örtliche Verwaltung.

**Fachverein der Tischler.**  
 Montag, 25. Jan., Ab. 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79,  
**General-Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kassenbericht des Mandanten. Bericht des Vorstandes, der Bevoll-  
 mächtigten, der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers.  
 2. Wahl des Arbeitsvermittlers und Bestätigung der in den Bezirken  
 vorgeschlagenen Mitglieder für die Kontrollkommission.  
 3. Antrag, betr. Unterstützung der streikenden Kollegen bei Saboren's  
 in Rixdorf. Vereinsangelegenheiten.  
 Mitgliedsbuch legitimirt.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

**Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.**  
 Montag, den 25. Januar 1892, Abends 7 1/2 Uhr:  
**Vereins-Versammlung**  
 in Deigmüller's Saal, Alte Jakobstr. 48a.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Gewerbe-Schiedsgerichte und der Statutenentwurf des Magistrats  
 hierzu. Referent Genosse G. Reher. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom  
 Stiftungsfest. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 433/8  
 Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder u.**  
 Montag, 25. Januar, Ab. 8 1/2 Uhr, in Fenerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75:  
**Hauptversammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kassen- und Kontrollbericht. 2. Vortrag des Herrn Dr. med. Gehlauer  
 „Die Influenza, ihre Ursache und naturgemäße Heilung.“ 3. Verschiedenes.  
 Frauen der Mitglieder und Gäste haben Zutritt.  
 479/7 Die Ortsverwaltung.

**Freie Vereinigung der Lohrberber und Lederzüricher Berlins.**  
**General-Versammlung**  
 am Montag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Rechnungslegung für das 4. Quartal 1891. 2. Geschäftliches.  
 205/10 Der Vorstand.

**Achtung!**  
**Zentral-Kranken- und Sterbe-  
 kasse der deutschen Wagenbauer**  
 (E. S.) Bezirk V.  
**Mitglieder-Versammlung**  
 Sonnabend, den 23. d. M., Ab. 8 1/2 Uhr,  
 im Lokale des Herrn Behrendt,  
 Blumenhalstr. 5.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 4. Quart. 1891.  
 2. Kassen-Angelegenheiten.

**Großer Ausflug nach Teltow**  
 am Sonntag, den 24. Januar,  
 Nachmittags 1 Uhr,  
 veranstaltet  
 vom Sozialdemokratischen Fese-  
 und Diskurklub „Weser“.  
 Parteigenossen, die gewillt sind, daran  
 teilzunehmen, haben sich einzustellen  
 bei Kitzing, Bülowstr. 52. Abf. Bahn-  
 hof Großgörschulstraße. 409/10  
 Der Vorstand.

**Orts-Frankenkasse**  
 der Zigarrenmacher u. s. w.  
**General-Versammlung**  
 am Freitag, den 29. Januar d. J.,  
 Abends 8 Uhr,  
 im Restaur. Gollmann, Gipsstr. 11.  
 Tages-Ordnung:  
 Abänderung des Statuts §§ 1, 12,  
 13, 45, 47 und 60. Besprechung über  
 freie Kartzewahl. Vorlegung der  
 Jahresrechnung. Anträge.  
 1071b Der Vorstand.

**Berl. Kranken- u. Begräbnis-  
 kasse für Frauen und Mädchen**  
 E. S. Nr. 97.  
 Sonntag, den 31. Januar d. J.,  
 Nachmittags 4 Uhr,  
 in Norbert's Lokal, Weinstr. Nr. 22  
 (oberer Saal):  
**Generalversammlung.**  
 Tages-Ordnung: 152/16  
 1. Kassenbericht pro 1892.  
 2. Statutenänderung.  
 3. Wahl des Gesamtvorstandes und  
 Ausschusses.  
 4. Kassenangelegenheiten.  
 Nicht eines jeden Mitgliedes ist es,  
 in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 Friedrich Freundreich, Vorsitzender.  
 Otto Köppen, Kassier.

**Freie Vereinigung**  
 der Seisenfieder u. Berufsge-  
 n. Mitglieder-Versammlung  
 am Sonntag, den 24. Jan., Vor-  
 mittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn  
 Schiffer, Inselstr. Nr. 10.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: Die Entwicklung  
 der großkapitalistischen Produktion.  
 Referent Herr Hoffmann, Lehrer an  
 der Arbeiter-Bildungsschule. 2. Dis-  
 kussion. 3. Vierteljahres-Bericht vom  
 Kassier und Abrechnung vom letzten  
 Vergütigen. 4. Entziehung der Monats-  
 beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder.  
 5. Besprechung zum 2. Stiftungsfest  
 und Verschiedenes. — Es ist Pflicht  
 der Mitglieder, pünktlich und zahlreich  
 zu erscheinen. Gäste sind willkommen.  
 282/17 Der Vorstand.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

153. Sitzung vom 21. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: mehrere Kommissarien.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und eventuell die zweite Berathung des Abkommens zwischen dem Reich und Oesterreich-Ungarn über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenrecht nebst Schlussprotokoll.

Nach dem Artikel 1 des Abkommens sollen die Angehörigen des einen der vertragschließenden Theile in den Gebieten des andern in Bezug auf den Schutz von Erfindungen, Mustern und Modellen, von Handels- und Fabrikmarken, von Firmen und Namen dieselben Rechte wie die eigenen Angehörigen genießen.

Abg. Schmidt-Eberfeld (Str.) begrüßt freudig diesen neuen Erfolg der Beziehungen der Reichsregierung, den Patent- und Musterrecht möglichst zu verallgemeinern. Es sei zu hoffen, daß derartige Abkommen auch mit allen anderen Industriestaaten getroffen werden. Das Recht des Art. 1 sei bezüglich des Markenrecht-Gesetzes noch dahin ausgedehnt worden, daß den Ausländern eine angemeldete Marke deshalb nicht zurückgezogen werden darf, weil sie den Vorschriften des Landesgesetzes nicht entspricht.

Direktor im Reichsamt des Innern Nieberding: Die amtlichen Erklärungen bei den Vertretern der Industrie haben ergeben, daß man dem Beitritt zur Pariser Konvention nicht geneigt ist, sondern die Interessen der Industrie besser gewahrt glaubt, wenn auf dem Wege der Separatabkommen mit den einzelnen Staaten der gegenseitige Schutz der Patente, Marken und Muster vereinbart wird. Bei den Verhandlungen mit anderen Staaten werden die Bedenken und Vorschläge des Vorredners in Erwägung gezogen werden, eventuell wird eine besondere Vorlage dem Reichstage unterbreitet werden.

Abg. Hammacher (natl.): Die Tendenz der Vorlage, den Schutz des geistigen gewerblichen Eigenthums international zu regeln, wird überall gebilligt; aber der Schutz des deutschen Gewerbetreibenden geht nicht weit genug. Die Bestimmungen des österreichischen Patentgesetzes z. B. sind unendlich viel schärfer als die deutschen. Darin liegt eine schwere Benachteiligung des deutschen Gewerbetreibenden bezüglich des Schutzes seiner Patente in Oesterreich. Weshalb hat man nicht mindestens eine Gleichstellung in dieser Beziehung erreicht?

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antisemit) bedauert, daß man nicht gleichzeitig den Schutz des geistigen Eigenthums mit Oesterreich-Ungarn vereinbart habe; die jetzt geltenden Bestimmungen des bezüglichen österreichischen Gesetzes über das Urheberrecht gereichen den Deutschen zum großen Nachtheil.

Abg. Menzer (nl.): Wir sind der Meinung, daß wir England gegenüber, das uns seit einer Reihe von Jahren ganz besonders rigoros behandelt, uns anders stellen müssen als den übrigen Staaten gegenüber. Aber auch gegen den vorliegenden Vertrag haben wir nicht unerhebliche Bedenken.

Direktor Nieberding: Die Frage des Urheberrechts wird ja demnächst bei der Interpellation Stauffenberg zur besonderen Besprechung kommen. Das harte Urtheil, welches der Abgeordnete Hammacher dem mit vieler Mühe zu Stande gekommenen Vertrage habe angedeihen lassen, sei nicht ganz gerecht.

Abg. Horwiz (Str.) spricht sich gegen Kommissionsberathung aus. Das Beste sei des Guten Feind; man habe von Oesterreich nicht mehr erlangen können.

Abg. Samhammer (Str.) tritt dagegen dem Antrage auf Kommissionsberathung bei und beantragt die Niederlegung einer Kommission von 14 Mitgliedern.

Nachdem noch Abg. Hammacher für Kommissionsberathung, Abg. Schmidt-Eberfeld für Absehung der zweiten Lesung von der heutigen Tagesordnung gesprochen, wird der Antrag auf Hammacher auf Kommissionsberathung angenommen. Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. Merbach (S. Sachsen) und Adt (A. Pfalz) werden ohne Debatte für gültig erklärt; die Wahl des Abg. Scipio (S. Hessen) beanstandet.

Die Wahl des Abg. v. Salbern-Abthlimb (S. Potsdam, Ruppiner-Tempel) beantragt die Kommission mit 5 gegen 3 Stimmen für gültig zu erklären. In einer unmittelbar vorangegangenen Abstimmung war die Farbe der von dem Wahlprotekt als bläulich-grün gefärbt und also der klaren Bestimmung des Wahlgesetzes widersprechend beanstandeten Stimmzettel mit 5 gegen 4 Stimmen für weis erklärt worden. Dieser Beschluß ist bei schwacher Besetzung der Kommission geblieben und widerspricht einem bei der früheren Prüfung derselben Wahl von der Kommission gefassten Beschluß, wonach die Kommission mit 9 gegen 4 Stimmen anerkannt hatte, daß die betreffenden Stimmzettel, die für den Gewählten im Kreise Ruppiner abgegeben sind, nicht von weisem Papier und daher für ungültig zu erklären seien. Die betreffenden Stimmzettel liegen auf dem Tische des Hauses aus und sind selbst von der Journalistentribüne deutlich als hell-bläulich-grün erkennbar.

Die Abgg. Munkel und Bohrn (Str.) beantragen und begründen unter Hinweis auf die vorliegenden Stimmzettel und auf die wechselnden Beschlüsse der Kommission die Ungültigkeit der Wahl.

Abg. Gröber (Z.) erklärt sich ebenfalls für die Ungültigkeit der Wahl (Weiß links), da die Farbe der Stimmzettel seiner Ansicht nach nicht weis sei. Seine Parteifreunde seien allerdings in dieser Frage getheilte Ansicht.

Abg. v. Steinau (nl.): Nachdem die beiden ersten Herren so groß geworden sind, muß ich noch größer werden. (Heiterkeit und Oh!) Präsident v. Levetzow: Hier ist Niemand groß und kann also Niemand größer sein! (Heiterkeit.) Ich trete für die Kommission ein. Es kommen in dieser wie in anderen Beziehungen ganz natürlich wechselnde Beschlüsse der Kommission zu Stande. In einer früheren Berathung hat uns ein Mitglied an der Hand von vielen Proben den Nachweis geführt, daß es ein absolutes Weis überhaupt nicht giebt. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß die Wahl gültig ist, weil ich ebensoviele überzeugt bin, daß die Stimmzettel weis sind. (Große Heiterkeit links; Auf: Sehen Sie Sie sich doch an!)

Abg. Volkath (Str.) weist darauf hin, daß die Kommission ohne Mühe 691 dieser gefalteten Zettel, ohne den Namen zu lesen, ausgefordert hat und daß sich diese sämtlich als auf den Namen des Grafen Salbern lautend erwiesen. Wenn der Reichstag nicht das Diktum der Farbenblindheit auf sich laden wollte (Oh, oh! rechts), müßte er die Wahl für ungültig erklären.

Abg. Auer: Heute sei Gelegenheit, die gestern von allen Seiten at gegebene Versicherung, das Wahlgeheimnis zu wahren, zur That werden zu lassen. Wenn es kein Weis gebe, dann enthielte auch das Wahlgesetz von 1869 eine unsinnige Vorschrift, da es Stimmzettel von weisem Papier ausdrücklich vorschreibt. Die Farben-Nuance sei um so auffälliger, als der Kommissar des konservativen Wahlsitzes auf die Frage, ob es nicht sei, sich wegen der gemeinsamen Herstellung gleichartiger Zettel zu verhandigen, überhaupt keine Antwort ertheilt hätte.

Abg. Schneider (nl.) vermahnt sich gegen den Vorwurf tendenziöser Farbenblindheit, er halte die Stimmzettel für weis und die Wahl für gültig. Die Kommission habe auch früher

garnicht beschloffen, daß die Zettel weis seien, sondern nur, sie behufs Prüfung einzufordern.

Abg. Kanitz (nl.): Durch die Benutzung dieser Stimmzettel ist kein Wähler in der freien Ausübung seines Wahlrechts beschränkt worden. Dafür spreche unter Anderem, daß eine Reihe von Wählern der freisinnigen Partei die Zettel benutzt und lediglich den Namen des Grafen Salbern gestrichen hatte, um den des liberalen Kandidaten zuzuschreiben.

Abg. Singer (Soz.): Das haben sie nur gethan aus Furcht, weil sie sonst als Gegner des Grafen erkannt worden wären. (Unruhe rechts.) Dieses Argument muß gerade zur Ungültigkeit der Wahl führen. Außerdem haben die Salbern'schen Stimmzettel ein äußeres Kennzeichen, indem der Druck des Namens auf der Rückseite deutlich durchführbar ist. Solche Stimmzettel mit äußerem Kennzeichen sind aber nach dem Wahlgesetz ebenfalls ungültig.

An der weiteren Debatte betheiligen sich die Abgeordneten von Steinau, Steurack, Graf Kanitz, Heine (Soz.), Munkel und Buhl (natl.). Letzterer erklärt nach der genauen Betrachtung der fraglichen Stimmzettel zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß die Ungültigkeitserklärung dieser Zettel in der Zukunft eine ungeachtete große Zahl von Kassirungen von Mandaten zur Folge haben werde.

Abg. Eugen (Z.) spricht sich im Gegensatz zu seinem Parteigenossen Gröber für die Gültigkeit der Wahl aus.

Abg. Böckel erklärt für seine engeren antisemitischen Freunde, daß diese für die Annulirung der Wahl stimmen werden, weil sie die Stimmzettel nicht für weis halten könnten.

In namentlicher Abstimmung wird die Wahl des Grafen Salbern mit 112 gegen 98 Stimmen für gültig erklärt. Für die Gültigkeit stimmt auch das Centrum mit wenigen Ausnahmen.

Die Wahlen der Abgg. Fürst Bismarck (19. Hannover) und Dau (1. Köln) ebenfalls für gültig erklärt.

Schluß 5 Uhr.  
Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. (Handelsvertrag mit der Schweiz.)

## Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 21. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf von Caprivi, Herrfurth, von Schelling, von Henden, Miquel, Thielen, Graf v. Zedlitz, von Berlepsch.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg. v. Cynern: „Ich erlaube mir an die königliche Staatsregierung die Anfrage zu richten, ob dieselbe beabsichtigt, noch im Laufe dieser Session eine Vorlage zu machen, durch welche die in §§ 52 und 69 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 bestimmte Geheimhaltung der Steuererklärung durch Aufhebung der zur Zeit entgegenstehenden älteren Bestimmungen gesichert wird.“

Minister v. Herrfurth erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. v. Cynern (natl.): Das Einkommensteuer-Gesetz sichert dem Steuerpflichtigen die absolute Geheimhaltung seiner Steuerdeklaration zu. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß ältere Bestimmungen dem entgegen stehen, daß namentlich die Erhebung von Zuschlägen für die Gemeinde dazu zwingt, daß die Steuerereinschätzung bekannt wird. In einzelnen Städten sind sogar die Einschätzungslisten durch den Druck veröffentlicht worden. Aus den Kommissionsverhandlungen geht hervor, daß die verschiedenen Mitglieder der Kommission meine Befürchtungen theilten; sie verlangten den Schutz des Geheimnisses. Auf die bestehenden älteren Vorschriften ist man nicht eingegangen. Man begnügte sich mit der Erklärung des Finanzministers, daß zwar das Gesamtverhältniß der Veranlagung nicht geheim zu halten ist, wohl aber die einzelnen Steuererklärungen. Die Zusendung der Veranlagung zur Staatssteuer in einem geschlossenen Kuvert hat keinen Zweck, wenn die Veranlagung seitens der Gemeinde und der Kirche eine offene ist. Die älteren Bestimmungen, welche die Offenlegung der Steuerlisten hervorruhen, finden sich in den Städte-Ordnungen, welche für die Eintheilung in drei Klassen die Offenlegung der Steuerlisten vorschreiben; ebenso ist eine Offenlegung notwendig nach der Kirchenordnung für die westlichen Provinzen wegen Veranlagung zur Kirchensteuer, und für die Wahl der Abgeordneten. Namentlich die Handelskammern führen Beschwerden über die Offenlegung der Einkommensteuer-Verhältnisse und machen verschiedene Vorschläge, sie zu vermeiden. Denn sie behaupten mit Recht, daß die Selbstdeklaration nur angenommen sei unter der Voraussetzung der Geheimhaltung derselben. Diese Geheimhaltung darf nicht durchbrochen werden durch Vorschriften der älteren Gesetzgebung. Ich hoffe, daß die Regierung bereit sein wird, die Klage zu berücksichtigen und die bestehenden Bestimmungen zu beseitigen.

Minister Herrfurth: Die Frage ist bereits seit längerer Zeit ein Gegenstand der Erörterung unter den betheiligten Ministerien. Sämtliche Provinzialbehörden sind zu einer Berichterstattung darüber aufgefordert worden, ob und wie weit es zweckmäßig sein wird, Aenderungen der Bestimmungen einzutreten zu lassen, welche die Offenlegung der Steuerlisten und der Wählerlisten theils ausdrücklich vorschreiben, theils wenigstens gestatten. Die Berichte sind erst zum kleinen Theil eingegangen, es lasse sich daher nicht mit Bestimmtheit übersehen, welche Maßnahmen zu treffen sein werden und insbesondere, ob, was ich für meine Person für wahrscheinlich halte, es notwendig sein wird, mit einer besonderen Vorlage an das Haus heranzutreten. So einfach, wie Herr v. Cynern die Sache anzufassen scheint, liegt sie doch nicht. Ein gesetzlicher Widerspruch liegt nicht vor. Die Mitglieder der Einkommensteuer-Kommission sind verpflichtet, zur Geheimhaltung der Steuererklärungen, der Kommissionsverhandlungen und der Veranlagungen. Damit steht es nicht im Widerspruch, wenn die Gemeinden, Kirchen und Schulen Listen veröffentlichen, aus welchen die Steuerbeträge für Gemeinden, Kirchen und Schulen veröffentlicht werden, oder Wählerlisten, aus welchen die Abgrenzung der Abtheilungen nach der Steuer sich ergibt. Die Vorschrift der Geheimhaltung befindet sich schon in den Gesetzen über die Kassirerte Einkommensteuer, trotzdem in älteren Gesetzen die auch hier angelegenen Bestimmungen schon bestanden; man hat darin keinen Widerspruch gefunden, sondern im Gegentheil eine Reihe von Bestimmungen erlassen, welche die Offenlegung von Listen anordnen. Jetzt liegt die Sache etwas anders; nicht nur die Beamten haben ein Interesse an der Geheimhaltung, sondern auch der Staat, denn es steht zu befürchten, daß die Öffentlichkeit der Steuerverhältnisse einen schädlichen Einfluß auf die Selbstereinschätzung haben wird. Bezüglich der Steuerlisten lasse sich die Öffentlichkeit vermeiden, nicht aber bezüglich der Wählerlisten. Der Druck der Steuerlisten, der vielfach üblich war, ist höchst unzweckmäßig. Ein öffentliches Interesse wird dadurch nicht gefördert. Höchstens wird dadurch die Möglichkeit gefördert, die Steuerverhältnisse zum Gegenstand der Unterhaltung auf der Bierbank oder im Kaffeeklatsch zu machen. Die Offenlegung der Wählerlisten ist nicht so gefährlich, denn es werden dabei nicht bloß die Einkommensteuer, sondern auch andere direkte Staatssteuern u. s. w. zu Grunde gelegt. Nur in einzelnen Fällen wird man aus der Gesamtsumme der Steuer einen Rückschluß auf das

Einkommen machen können. Die Offenlegung der Wählerliste ist aber notwendig, weil dagegen die Reklamation gesetzlich Jedermann zusteht. Ob es genügen würde, wenn man nur den untersten Steuerfuß jeder Klasse veröffentlicht, ist doch zweifelhaft; das wird zur Kontrolle der Liste nicht genügen. Die Regierung wird die öffentlichen Interessen, welche hierbei in Frage kommen, gegen einander abwägen; es wird hoffentlich gelingen, zu einem Ergebnis zu kommen, welches nach beiden Richtungen hin Befriedigung hervorruft wird.

Damit ist die Interpellation erledigt.  
Es folgt die erste Berathung des Staats-Haushaltsplans für 1892/93.

Abg. Nicker: Der vorliegende Etat kann nur mit Mühe balancirt werden, weil die Eisenbahneinnahmen einen bedenklichen Rückgang aufweisen. Wir haben bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen vor diesen Folgen gewarnt. Bedenklich sind die Minderüberschüsse von 42 Millionen Mark im laufenden Jahre; woher nimmt der Finanzminister die Zuversicht, daß die Eisenbahnen 88 Millionen Mark mehr ergeben werden, als im laufenden? Der Finanzminister selbst hat diese Veranschlagung als die zweifelhafteste im ganzen Etat bezeichnet. Woher kommen die Minderüberschüsse der Eisenbahnen? Sollten sie nicht zum Theil begründet sein in den hohen Betriebskosten und den im Vergleich dazu sehr geringen Einnahmen der Sekundäreisenbahnen? Seit der Verstaatlichung der Eisenbahnen haben wir in jedem Jahre ein Füllhorn neuer Eisenbahnen erhalten. Die einzelnen Abgeordneten dankten bei jeder neuen Vorlage für die bewilligte Linie und forderten immer neue Linien. Das Abgeordnetenhaus, welches die Hand auf dem Benteil halten und dem Finanzminister den Rücken stärken sollte, verlor ganz seinen Charakter als bewilligende Volksvertretung. Der Privatunternehmungsgeist, welcher von der Verstaatlichung unterdrückt worden ist, dem wir aber die Entwicklung unserer Eisenbahnen verdanken, kann nur wieder erweckt werden, wenn volle Freiheit gewährt wird für die Eisenbahnunternehmungen. Die Ausgaben der Eisenbahnverwaltung sind erheblich gestiegen, namentlich die Personalausgaben. Dieses Anwachsen der Ausgaben hat dem Finanzminister auch Anlaß gegeben, in die Eisenbahnverwaltung einzugreifen; dabei muß das Haus ihn unterstützen. Wenn der Finanzminister die Tarifreform verhindert, so können wir uns nicht auf seine Seite stellen; denn wir glauben, daß durch eine Ermäßigung der Tarife die Einnahmen sich steigern werden. Wir sind auf einem todtten Punkt angelangt, sagte Herr Hammacher im Reichstag. Man hat schon davon gesprochen, die Eisenbahnen wieder zu verkaufen oder zu verpachten. Ich habe eine gewisse Schadenfreude empfunden, als ich sah, daß von den Mehrereinnahmen aus der Einkommensteuer 9 Millionen für die Schule in Anspruch genommen sind. Ich habe mich gefreut über die entschlossene Handlung des Finanzministers. Warum machen die Herren Konservativen solche Gesetze, die nicht ausgeführt werden können. Bezüglich der Einkommensteuer bin ich doch von meinen etwas optimistischen Anschauungen zurückgekommen. Es scheint, daß die Selbstereinschätzung auf dem Lande etwas seltsam betrieben wird. Der Finanzminister will zwanzig Einschätzungs-kommissare den Landräthen zur Seite stellen. Das ist nicht genug. Wenn die Landräthe die Einschätzung leiten, dann gehen Millionen von Steuern dem Staate verloren. Die Minderereinnahmen bei der Domänenverwaltung, welche im Vortrage des Finanzministers auf der rechten Seite ein Hör! hört! hervorgerufen, sind sehr erklärlich; denn die Minderereinnahmen erklären sich daraus, daß die jetzt billiger verpachteten Domänen früher anerkanntermaßen zu hoch verpachtet waren. Wichtig ist, daß ein Arbeitermangel vorhanden ist, daß die Auswanderung im Osten am stärksten ist. Was im Etat gesehen ist, ist sehr gering; die Stofftarife sind keine Wohlthat; man sollte sie so schnell wie möglich wieder beseitigen, denn die Agrarier haben keinen Vortheil davon, weil die Stofftarife dem auswärtigen Getreide mehr zu Gute kommen als dem deutschen. Der Finanzminister hat die Standhaftigkeit betont, die er den anderen Ressorts gegenüber geltend gemacht hat. Er hat ganz erhebliche Bewilligungen gemacht im Kultusetat u. s. w. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß er mehr bewilligt hat, als der frühere Finanzminister von Scholz. Wenn er diese Standhaftigkeit schon rühmt, dann muß es in den einzelnen Ressorts schon bedenklich aussehen mit dem Appetit nach Geld. Wenn man so zur Sparsamkeit mahnt, ist es dann notwendig, daß man 10 Millionen Mark für den Dom bergiebt, daß er für die Stolgebühren so hohe Summen bewilligt? Daß der Welfensond endlich einer gesetzlichen Regelung unterworfen werden soll, ist erfreulich; aber es ist bedauerlich, daß sich wieder eine offizielle Presse breit macht, trotzdem der Reichskanzler erklärt hat, er bediene sich der Presse nicht. Daß der Reichskanzler eine große Summe zur Gründung einer konservativen Zeitung aus dem Welfensond genommen hat, halte ich für einen Unfug; aber es geht wider so zu in der offiziellen Presse wie früher. Die Regierung soll ihre Meinung in der Presse vertreten, aber sie soll den Vogel an den Federn erkennen lassen. Ich habe nicht geglaubt, daß das neue Ministerium Caprivi einen so unglücklichen Tag haben würde, wie den, an welchem es das Volksschul-Gesetz einbrachte. Eins ist mir unklar, wie es möglich gewesen ist, daß dasselbe Kollegium, welches den Gohler'schen Entwurf eingebracht hat, den jetzigen Entwurf beschließen konnte, der dazu geeignet ist, die preussische Schule an den Rand des Abgrundes zu bringen. (Zustimmung bei den Freisinnigen und Nationalliberalen, Widerspruch beim Centrum und den Konservativen.) Die Opposition wird sich bis in die Reihen der Rechten erstrecken. Wir werden den Kampf um die Schule jetzt führen müssen. Ich hätte nicht gedacht, daß Herr von Caprivi einem solchen Entwurf seine Zustimmung geben würde. Wir sind nicht neugierig, wie die einzelnen Minister gestimmt haben (Graf Zedlitz lacht). Der Herr Kultusminister lacht; das Lachen wird ihm schon vergehen. (Große Heiterkeit.) Bei dem Gohler'schen Entwurf erklärte der Ministerpräsident v. Caprivi: Daß die Regierung bis an die äußerste Grenze gegangen sei, bis zu welcher sie unter Wahrung der Interessen des Staates gehen konnte. Und heute wird das Gegenteil vorgeschlagen. Die Schule soll der Kirche überliefert werden, aber das wird Ihnen nicht gelingen. Widerspruch im Centrum und bei den Konservativen.) Ich hoffe, daß nicht nur alle Liberalen gegen dieses Gesetz stimmen werden, ich habe die Ueberzeugung, daß auch Männer der rechten Seite sich uns anschließen werden. Ich bedaure, daß der Ministerpräsident von Caprivi, auf den wir große Hoffnungen gesetzt, eine solche Frontveränderung vornehmen konnte. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den uns aufgedrungenen Kampf aufzunehmen, wir werden schließlich siegen. (Beifall links.)

Abg. v. Quene (Z.): Was thut denn das Volksschul-Gesetz; es läßt die Einwirkung der Kirche auf die Schule zu, wie die von uns beschlossene Verfassung es bestimmt; ich wundere mich, daß hier Gegner der Vorlage vorhanden sind. (Widerspruch links.) Sie wollen aber das Christenthum aus der Schule herantreiben. Sie wollen die Staatschule, wir wollen aber auch das Christenthum in der Schule. (Widerstand links.) Wenn ein Schulgesetz nach Ihrem Verzen (nach links deutend) zu Stande kommt, dann wird in wenigen Jahrzehnten die Sozialdemokratie über die heutige Gesellschaftsordnung zur Tagesordnung übergehen. (Große Gelächter links; Beifall im Centrum, Zuzuf bei den Nationalliberalen: Für Sie ist Christen-

Hum und Ultramontanismus identisch). Mir scheint, die Herren sind etwas nervös geworden. Der Finanzminister hat davon gesprochen, daß die Ermächtigung zur Ausgabe von Schatzanweisungen auf 100 Millionen Mark erhöht werden soll. Das erschien zuerst bedenklich, aber bei ruhiger Ueberlegung wird man sich sagen müssen, daß die Verhältnisse des preussischen Staats eine solche Erhöhung notwendig machen. Der Etat giebt zu erheblichen Bedenken Veranlassung, denn wir stehen mit sehr hohen Ausgaben unversicherten Einnahmen gegenüber. Das Einkommensteuer-Gesetz wird für eine Reihe von Jahren einen großen Fortschritt für Preußen bedeuten. Deshalb sollen wir nicht dasselbe leisten können, was andere Staaten: Sachsen, Bayern, Württemberg u. schon lange leisten? Wenn eine gerechte Einkommensteuer herbeigeführt wird, so wird das die Zufriedenheit stärken. Wenn in den ländlichen Kreisen niedrige Einkommensergebnisse sich bemerkbar gemacht haben, so liegt das an den schlechten Ergebnissen der beiden letzten Jahre. Wenn ein Landrat seinen ganzen Kreis schlecht gemacht und von unrichtiger Einkommensteuer gesprochen hat, so sollte die Regierung dem Herrn ein Mißtrauensvotum geben. Den Rückgang der Pachten hat Herr Rickert doch zu leicht genommen; im Osten sind die Pachtgelder sämtlich erheblich zurückgegangen. Die Tariffrage, die Herr Rickert berührt hat, ist keine Geldfrage allein, sondern eine wirtschaftliche Frage, sie muß behandelt werden im Zusammenhang mit der Zollgesetzgebung und im Zusammenhang mit Industrie und Landwirtschaft. Vom Finanzminister erwarten wir, daß er auf diesem Gebiete alle berechtigten Interessen wahren wird. (Beifall im Centrum.)

Ministerpräsident Graf von Caprivi: Es ist hier gesprochen worden von der Verpachtung der Staatsbahnen. Auf diesen Gedanken kann die Regierung nicht eingehen, denn es liegen in der Verstaatlichung der Eisenbahnen staatliche Gedanken, die nicht aufgegeben werden können. Herr Rickert hat das Volksschulgesetz getadelt. In einem wesentlich monarchischen Staate kann die Regierung sich nicht verpflichten, mit gewissen Parteien immer zusammenzugehen. Wir nehmen das Gute, wo wir es finden; Herr Rickert hat uns diesen Satz oft genug vorgehalten. Jetzt, wo das Pendel nach der anderen Seite ausschlägt, sollen wir das Gute nicht mehr nehmen, wo wir es finden. (Zustimmung rechts.)

Minister Miquel: Unsere Eisenbahnen verjahren nicht nur ihre Schulden, sondern liefern auch einen erheblichen Ueberschuß in die Staatskassen. Das war bisher ein gutes finanzielles Geschäft. Wenn Herr Rickert sagt, dieses System der Staatsbahnen habe Bankrott gemacht, so will ich daran erinnern, daß mehrere Tarifreformen, die 100 Millionen Mark Ausfall gebracht haben, gerade unter dem System der Staatsbahnen durchgeführt worden sind. Die Privatbahnen wären nicht im Stande gewesen, so viel rentierende Linien zu bauen in Gegenden, in denen der Staat zur Hilfe kommen mußte. Wir müssen die Ausgaben bei der Eisenbahnverwaltung darauf hin prüfen, ob an diesen Ausgaben eine Ersparnis eintreten kann und die allgemeine Finanzverwaltung wird bei neuen Ausgaben vorsichtiger sein müssen als bisher. Herr Rickert hat die Verstaatlichung ausgesprochen, daß die Ergebnisse der Einkommensteuer-Einkommens auf dem Lande sehr schlecht sein werden. Wir können darüber noch kein Urtheil abgeben, denn wir kennen diese Ergebnisse noch garnicht. Die Durchführung der neuen Einkommenssteuer wird viel schwieriger und daher im Anfangs unvollkommener sein bezüglich des Einkommens aus landwirtschaftlichen Unternehmungen als aus anderen Quellen. Heute sind sehr viele Fragen noch zweifelhaft; erst müssen durch die Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts feste Normen gewonnen werden, erst dann kann sich eine gewisse Sicherheit geltend machen, wie man auch in Sachen erst nach vielen Jahren zur richtigen Einkommenssteuer gekommen ist; so viel hat sich aber bis zum gestrigen Tage herausgestellt, daß kein Gesetz notwendiger war, als das Einkommensteuer-Gesetz. (Sehr wahr! rechts.) Denn große Summen Einkommens sind bisher dunkel geblieben, namentlich bei dem Einkommen aus Kapitalvermögen. Aber die Gerechtigkeit steht nicht still vor bestimmten Klassen. Alle Klassen ohne Ausnahme sollen rücksichtslos gleichmäßig zu den Staatslasten herangezogen werden. Die Wohlhabenderen werden jetzt entsprechend ihrer höheren Leistungsfähigkeit stärker belastet werden, die Armeren werden etwas entlastet werden. Die Schwierigkeiten für die östlichen Provinzen liegen in ihrer Lage und ihrem Klima und in der Politik unseres Nachbarn im Osten. Diese Schwierigkeiten kann keine Regierung beseitigen. Es ist eine Reihe von Maßregeln getroffen und ich glaube, daß die Einführung des Staffeltarifs den östlichen Provinzen zum Vortheil gereichen wird. Wenn die Seestädte dadurch geschädigt werden, so wird die Staatsregierung zu ermäßen haben, wie die schwer geprüften Seestädte vor einem solchen Schaden bewahrt werden können. Herr Rickert hat einige Positionen als nicht notwendig bezeichnet. Die Ausgabe für die Ablösung der Stolgebühren ist ein gestellt auf Grund der fast einstimmigen Beschlüsse beider Häuser des Landtages. Der Finanzminister hat nicht nur die Ausgabe zu sparen, sondern auch mitzuwirken an der distributiven Gerechtigkeit bei der Verwendung der allgemeinen Mittel.

Kultusminister Graf Redlich: Die öffentliche Presse soll wieder in Gang gesetzt sein. Wenn einige Zeitungen gewisse Mittheilungen aus dem Inhalt des Volksschul-Gesetzes gebracht haben, so liegt das daran, daß die Thüren des Kultusministeriums für Niemand verschlossen sind. Ich habe Mittheilungen über diese wichtige Frage den Herren, die gekommen sind, gern gemacht. Mißverständnisse können dabei unterlaufen; das ist aber nicht die Schuld des Ministers. Charakteristisch ist, daß die Mittheilungen an Blätter der verschiedensten Richtung gekommen sind; es haben mich Herren der konservativen, freisinnigen, der national-liberalen Presse besucht. Herr Rickert sagte, daß das Schulwesen Preußens zurückgeschraubt wird auf einen Zustand, der hinter den großen friedericianischen Traditionen liegt; die Staatsschule Preußens wird eine kirchliche Schule, die Schule wird dem Ultramontanismus ausgeliefert. Herr Rickert scheint den Gesekentwurf nicht ganz durchgelesen zu haben, (Widerspruch links.) sonst müßte ihm klar geworden sein, daß das wichtigste Recht des Staates, die Schulaufsicht, unangefastet geblieben ist. (Zustimmung rechts.) Konzeptionen an Parteien und Konzeptionen haben nicht stattgefunden, sondern nur das Verfassungsrecht wird gewahrt. Wenn der Gesekentwurf lediglich das festlegt, was seit 100 Jahren Praxis in Preußen gewesen ist, so kann das kein Bruch mit der Schulgesetzgebung sein. (Beifall rechts.)

Abg. Hubrecht (nall.) bezeichnet die Finanzverhältnisse als bedenklich; sie fordern zur Vorsicht auf, besorgniserregend sind sie gerade nicht. Wünschenswerth wäre es, daß die Finanzen etwas losgelöst würden von den Eisenbahnen. Als der Kampf um die Maßregeln beendet war, brachte Windthorst seinen Schulantrag ein, gegen welchen die Staatsregierung und die Mehrheit des Hauses sich durchaus ablehnend verhielt. Der Entwurf erfüllt aber im wesentlichen die Forderungen des Windthorst'schen Schulantrages. (Sehr wahr! links.) Bei National-liberalen und Freisinnigen.) Die Verfassung geht davon aus, daß Staat und Kirche sich völlig einig sind in Bezug auf die religiöse und sittliche Erziehung der Kinder. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Ueber dieses Problem bestehen große Meinungsverschiedenheiten. Die Entscheidung des Streites wird nun in die Brust des Lehrers gelegt und da es sich um die Erziehung handelt, so wird er gezwungen Heuchler und Augendiener zu sein; denn er kann nicht zwei Herren dienen. Daß die Schule zwei Herren hat, wird ja in dem Gesetze ausgesprochen. (Lebhafte Zustimmung links.) Fraktionäre Interessen sollen bei dem Volksschulgesetz nicht entscheidend sein; wir wollen alles aufbieten, um die Volksschule richtig zu gestalten und die Autorität des Staates aufrecht zu erhalten, ich habe die Hoffnung, daß wir auch unter den Konservativen uns nicht vergebens nach Kampfgenossen in dieser Beziehung umsehen werden. (Beifall links.)

Eisenbahnminister Thielen: Der Staatseisenbahnbetrieb ist ein gewisses Unternehmen, wie jedes andere Erwerbsunternehmen

auch. Er unterliegt denselben Gesetzen und Bedingungen seines Betriebes. Die Ausgaben haben eine unverhältnismäßige Höhe erreicht. Die Einnahmen sind herabgegangen, und zwar stellt sich hier wie immer das Ergebnis heraus, daß die Einnahmen schneller sinken, als die Ausgaben; die letzteren behalten gewöhnlich noch eine aufsteigende Tendenz. Die Gründe für das Wachsen der Ausgaben sind verschiedener Art. Die Löhne und Befehdungen müßten erheblich erhöht werden, weil die Verwaltung sich nicht der allgemeinen Erhöhung der Löhne gegenüber ablehnend verhalten wollte; daneben müßte das Personal vermehrt werden, weil die Dienststunden, besonders für den Sonntag, beschränkt werden müßten. Die Ausgaben für die Jäger haben sich vermehrt: erstlich wegen der Vermehrung der Jäger für den Personenverkehr, weil die bisher bestehenden Jäger erheblich überlastet waren, so daß die Jäger oft mit zwei Maschinen fahren mußten; das entspricht nicht der Sicherheit des Verkehrs; zweitens in der Erhöhung der Kohlenpreise, die eine Mehrausgabe von 4-5 Millionen Mark hervorgerufen hat. Wegen des Bergarbeiter-Streiks haben wir Kohlen nehmen müssen, wo wir sie fanden; wir haben deshalb im Auslande zu hohen Preisen Kohlen angekauft. Unter den Nachwehen dieser Zeit leiden wir heute noch. Die Unterhaltung des Materials hat ebenfalls große Mehrausgabe verursacht. Das Material war abgebraucht, die Erneuerung der Lokomotiven konnte nicht so vorgenommen werden, wie es wirtschaftlich wohl richtig gewesen wäre. Die Kosten der Wiederherstellung kommen jetzt zur Geltung; wir haben sie ins Werk gesetzt, sobald sich die Fluth des Verkehrs etwas verlaufen hatte. Ich stimme mit dem Finanzminister darin überein, daß wir nicht aus Neigung sparsam werden, sondern nur gezwungen durch die Verhältnisse. Für einen neuen Eisenbahnminister wäre es die eine dankbare Aufgabe, mit anderen Leistungen vor das Publikum zu treten. Die Rehrseite der Verhältnisse liegt darin, daß eine weise Zurückhaltung an der Ausgestaltung der Verkehrsverhältnisse walten muß. Dazu gehört die Reform der Personentaxen, welche bereits in Vorbereitung waren. Diese Reform ist so in den Vordergrund gezogen worden, daß man meinen sollte, es wäre das erste Erforderniß der Staatseisenbahn, diesen Forderungen nachzugeben; man müßte sofort den Zonentarif einführen. Ich hege nicht die Ueberzeugung, daß die Reform der Personentaxen so dringend ist, daß sie auch bei einer minder günstigen Finanzlage durchgeführt werden müßte. Auch unter den gegenwärtigen Taxen ist der Personenverkehr erheblich gestiegen, seit 1880 fast auf das Doppelte. Zur Zeit ist auch die Frage, in welcher Richtung eine Reform der Personentaxen durchgeführt werden müsse, noch völlig unauferklärt. Die Bezirks-Eisenbahnräthe sind um ein Gutachten ersucht worden, aber die Gutachten waren sehr verschieden. Niemand hat den vorgeschlagen Entwurf sich zu eigen gemacht. Daran geht hervor, daß im Lande selbst keine Klarheit über die Reform herrscht. Nach meiner Ansicht würde die Reform darin zu suchen sein, daß der Personentarif auf einfache und übersichtliche Ordnungen zurückzuführen ist, daß er auf Preise zurückzuführen ist, welche mit der Art der Bevölkerung im Einklang stehen, daß ferner im Nothverkehr erhebliche Erleichterungen geschaffen werden müssen. Für Berlin hat die Verwaltung den Vorortverkehr eingeführt, der, wenn er auch nicht alle Wünsche befriedigt, doch allgemein als eine große Wohlthat anerkannt wird. Der hier mehrfach erwähnte Staffeltarif ist eine theilweise Reform der Gütertaxis. Daß mit der Verstaatlichung die Zeit der Tarifreformen aufgehört hat, ist nicht richtig; es sind Tarifreformen durchgeführt, die 100 Millionen jährlich bedeuten. Jedenfalls ist jetzt durchgeführt, daß alle mit gleichem Maße gemessen werden. Die Privatbahnen haben kurz vor der Verstaatlichung erst eine Tarifierhöhung durchgeführt, welche die Staatsbahnen wieder abgeschafft haben. Die Privatbahn Marienburg-Mlawka hat allerdings großes geleistet; aber wir haben ihr die Wagen dazu zur Verfügung gestellt. Die Eisenbahnverwaltung hängt ihre Leistungen sonst nicht an die große Glocke. Ich will aber doch erwähnen, daß wir den Pilgerverkehr zum billigen Noth nach Trier (1800000 Pilger) bewältigt haben, ohne Störung des allgemeinen Verkehrs.

Kultusminister Graf Redlich: Das Schulgesetz soll die Ausführung der Windthorst'schen Anträge sein. (Sehr richtig! links.) Der Wortlaut stimmt mit dem, was im Schulgesetz enthalten ist, nicht überein, denn das freie Erwerben der Kirche wird in dem Entwurf beschränkt durch die staatliche Einwirkung. Gemeinfaune staatliche und kirchliche Arbeit ist im Schulgesetz vorgeschrieben. Wenn der geistliche Einfluß nur soweit gehen soll, als die staatliche Instanz es zuläßt, so wäre das eine Verächtlichung. Die Konfliktperiode würde dadurch verzwigt werden.

Am 3/4 Uhr wird darauf die weitere Berathung bis Freitag 11 Uhr verlag.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Essentielle Sitzung vom Donnerstag, 21. Januar, Nachmittags 5 Uhr.

Von den Stadtverordneten der Arbeiterpartei, Singer und 13 Genossen, ist folgender Antrag am 8. Januar eingebracht worden:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen:

In Gemäßheit des § 105b Absatz 2 der Gewerbeordnung den Entwurf eines Ortsstatuts vorzulegen, durch welches in Berlin, von dem Zeitpunkt an, in welchem die Bestimmungen des § 105b in Kraft treten,

1. die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Bank- und Engros-Geschäften ganz untersagt wird, und

2. die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Detailgeschäften und sonstigen Verkaufsstellen auf drei Stunden eingeschränkt wird, mit der Maßgabe, daß die Beschäftigung Vormittags um 10 Uhr beendet sein muß.

Unter dem 9. Januar hat der Magistrat der Versammlung zur Kenntniß gebracht, daß er auf die Aufforderung des Oberpräsidenten, sich über den Entwurf eines solchen Ortsstatuts schlüssig zu machen, im Einverständnis mit dem von der Gewerbe-Deputation mit 20 gegen 1 Stimme gefaßten Beschlusse sich dahin entschieden hat, von der gesetzlichen Berechtigung, die Sonntagsruhe der im Handelsgewerbe Beschäftigten über die gesetzlichen Vorschriften (absolute Sonntagsruhe am ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingsttage, an den übrigen Sonn- und Festtagen Beschäftigung von 5 Stunden) hinaus durch Ortsstatut weiter einzuschränken, keinen Gebrauch zu machen.

Zu dem Antrage sind inzwischen eine Reihe von zustimmenden Eingaben an die Versammlung gelangt. Vom Stadtv. Meyer I ist Ausschüßberathung beantragt.

Antragsteller Stadtv. Singer: Ich muß zu meinem Bedauern mit der Erklärung beginnen, daß der Magistrat uns seine Vorlage in einem Angeblid vor Kenntniß herübergiebt, wo diese Frage, wie ich meine, dem Magistrat wohlbelannt, hier durch unseren Antrag angeregt worden ist. Es ist das eine Rücksichtslosigkeit, die kaum ihres Gleichen findet. (Große Unruhe. Vorleser Str y c: Wir sprechen von der Schwesterbehörde nicht in dieser Weise, ich bitte, nicht einen Ton anzuschlagen, der unangemessen ist.) Ich kann also nach der Ansicht des Vorlesers den Magistrat nicht gebrauchen, den ich für dieses Vorgehen des Magistrats für angemessen halte; aber, um mich seines Ausdrucks zu bedienen, es handelt sich um ein Vorgehen des Magistrats gegen die Schwesterbehörde, welches keineswegs gebilligt werden kann, wenn der Magistrat in einer so wichtigen Frage in einem Moment sich entscheidet, wo die ganze Materie in ihren Einzelheiten in der Stadtverordneten-

Versammlung zur Berathung steht. Ich werde in dieser Uebersetzung um so mehr bestärkt, als der Magistrat, der sonst mit großer Vorliebe sich den obrigkeitlichen Anordnungen fügt, dieses hier nicht in vollem Umfange gethan hat. Der Magistrat ist durch Erlaß des Oberpräsidenten vom 22. Dezember 1891 aufgefordert worden, mit der Stadtverordneten-Versammlung in Berathung zu treten, ob der Erlaß eines Ortsstatuts angezeigt sei; es wäre seine Aufgabe gewesen, seinerseits nicht ein laut accompli zu schaffen, gegen welches nachher schwer anzukämpfen ist. Durch seine Erklärung, dem Beschluß der Gewerbe-Deputation beigetreten, hat er, gleichviel ob absichtlich oder nicht eine vollendete Thatsache geschaffen, was aber, wie ich hoffe, die Versammlung nicht abhalten wird, diese Frage in allen ihren Einzelheiten eingehend zu beraten und demgemäß zu entscheiden. Der Magistrat setzt sich übrigens mit sich selbst in Widerspruch, denn er spricht in seiner Vorlage von der tief-einschneidenden Wichtigkeit der Angelegenheit für weite Kreise der Bevölkerung. Dann hätte er um so mehr die Pflicht gehabt, in einer so bedeutsamen Sache Beschlüsse nicht ohne vorherige Verständigung mit uns zu fassen. Denn auch wir sind die Vertreter der Stadt Berlin, und können diese Frage ebenso sachverständig und aus unserer Kenntniß der Verhältnisse der Bürgerschaft heraus viel eingehender behandeln, als es im Schooße des Magistrats möglich ist. Nach dieser Rundgebung des Magistrats gehe ich mit einem gewissen Mißbehagen an die weitere Behandlung der Sache. Nach der Städte-Ordnung gehört zum Erlaß eines Ortsstatuts Uebereinstimmung beider städtischer Behörden; die Stellungnahme des Magistrats bedeutet daher für uns eine Erzwörung der Regelung in unserem Sinne. Es muß an den Magistrat die dringende Anforderung gerichtet werden, solche Angelegenheiten so zu behandeln, wie es das Interesse der Bürgerschaft erfordert. — Was den Antrag selbst betrifft, so habe ich die Nothwendigkeit der Sonntagsruhe an sich hier nicht zu erörtern, das ist im Reichstage, in der Presse und in Versammlungen zur Genüge gesehen. Nur auf die Stellung der Parteien zu der Frage will ich kurz eingehen. Bei der Berathung der Gewerbe-Deputation im Reichstage war auf allen Seiten das Bestreben vorherrschend, den hervorgetretenen Uebelständen nach Möglichkeit abzuhelfen. Von der Partei, zu der die Mehrheit dieser Versammlung gehört, und von der meinigen wurde schon damals versucht, die Sonntagsruhe allgemein besser und fester zu gestalten. Das Gesetz, welches vernehmlich am 1. April 1892 in Kraft treten wird, bestimmt, daß nicht länger als 5 Stunden gearbeitet werden soll. Diese Bestimmung wurde mit vollem Recht bekämpft, weil man sich sagen mußte, daß durch die Verhältnisse, die Vorschriften betr. die Kirchengänge und dergleichen eine Verzerzung des Sonntags erfolgt und keine genügende Ruhezeit für die Beschäftigten übrig bleibt. Diese Auffassung wurde allseitig anerkannt und die Stundenzahl nur deshalb nicht noch mehr eingeschränkt, weil man namentlich in kleinen Landstädten durch zwangweise Befreiung eingewurzelter Gewohnheiten nicht Schaden anrichten wollte. Das aber in großen Städten schon jetzt kein Bedürfnis vorliegt, fünf Stunden im Handelsgewerbe am Sonntag arbeiten zu lassen, wurde auch auf keiner Seite bezweifelt, und deshalb wurde geschicklich den Gemeinden die Möglichkeit gewährt, durch Ortsstatut eine weitere Einschränkung einzutreten zu lassen oder die Arbeit ganz zu untersagen. Um den Erlaß dieses Ortsstatuts bittet unser Antrag. Daß die Frage von allen Parteien gleichmäßig beantwortet worden ist, dafür beziehe ich mich ausdrücklich auf die Reden des freisinnigen Abg. Dr. Max Dirsch, der das Ortsstatut dringend empfahl, um den Gehilfen und Lehrlingen in den Städten den freien Sonntag Nachmittag zu verschaffen. Derselbe Auffassung wurde auch von der Regierung vertreten, wie aus dem Rundschreiben der drei beteiligten Minister an die Regierungen in dieser Frage hervorgeht; sie hält eine weitere Beschränkung in den meisten Städten ohne Beeinträchtigung des Handels und ohne Schaden für das Publikum für unthunlich. Es bleibt also nur noch zu begründen, daß das, was wir für Berlin verlangen, durchführbar ist, ohne die Interessen des Publikums und des Handelsgewerbes irgendwie zu schädigen. Nun ist in keiner Frage meines Wissens zwischen den Interessenten eine derartige Uebereinstimmung vorhanden wie hier. Die neben dem Publikum direkt Interessirten, die Prinzipale und das Personal haben ganz gleichmäßig in Petitionen an den Reichstag und auch an uns diese Einschränkung gebilligt, und die Unternehmer bitten nur um zwingende Vorschriften, damit nicht irgend ein Konkurrent sich veranlaßt sehen könne, sein Geschäft länger geöffnet zu erhalten, wodurch dann die anderen zum gleichen Vorgehen genöthigt würden. Auch darüber konnte der Magistrat unterrichtet sein, denn er hat ja selbst im Auftrage des Oberpräsidenten f. Z. Erhebungen über die Frage der Sonntagsruhe anstellen lassen und in dem Bericht eine Reihe sehr interessanter Zahlen gegeben. Ich führe an, daß die Frage, ob um 1 Uhr alle Geschäfte geschlossen werden sollten, bejaht worden ist von 224 Beiräten, nämlich 16 Innungen, 14 Orts- resp. Betriebs-Lassen, 12 Ortsvereinen, 20 Fachvereinen und 162 Industriellen; verneint von nur 83 Beiräten, nämlich 5 Innungen, 3 Orts-Lassen, 2 Vereinen und 28 Industriellen. Die Frage, ob 5 Stunden Sonntagsarbeit hinreichte, ist bejaht worden von 11 Innungen, 10 Kassen, 6 Ortsvereinen, 16 Fachvereinen und 99 Industriellen, verneint von 2 Kassen und 18 Industriellen; das Verhältniß ist also 144 : 20. Diese Zahlen liefern für mich den Beweis, daß in dem Interessentenkreise thatsächlich über beide Fragen ein Zweifel oder Zwiespalt nicht mehr besteht. — Wir wünschen nun im Einzelnen, die Sonntagsarbeit in Engros- und Bankgeschäften ganz zu untersagen. Aus meiner nicht ganz geringen Kenntniß der Verhältnisse heraus darf ich behaupten, daß mit der Sonntagsarbeit in diesen Geschäften gar nichts los ist. (Zustimmung und Widerspruch); bis auf die Beantwortung einiger Briefe kann das Erforderliche schon am Sonnabend Abend besorgt oder bis Montag zurückgestellt werden. In vielen Fällen sitzen in diesen Geschäften Sonntags die Chefs nur in den Büreaux und lesen die Zeitungen, während das Personal in den Räumen, ohne ernsthaft beschäftigt zu sein, herumsteht (Zustimmung). Wenn aber zugegeben werden kann, daß ein einzelnes Mal die Sonntagspost auch eine Anzahl Eingänge bringt, deren Erledigung, wenn die Leute da sind, natürlich vorgenommen wird, so wird sich diese Gewohnheit, wenn die anderweitige Regelung eintritt, leicht beseitigen lassen und die Neuordnung schon nach kurzer Frist nicht mehr als Uebelstand empfunden werden. Diese Dinge sind ja auch nicht ohne Beispiel. Niemand von uns will den puritanischen Sonntag Englands; aber wenn in einem industriell so hoch entwickelten Lande ohne jeden Schaden die Geschäfte von Sonnabend Mittag bis Montag früh geschlossen sind, dann werden wir uns auch damit abfinden können, wenn Sonntag Vormittag nicht gearbeitet wird. Ist die zwingende Vorschrift da, die Jedem die Möglichkeit nimmt, in dieser Zeit auf diesem Gebiete thätig zu sein, dann kann auch keiner dem andern mehr ein Geschäft aus den Händen reißen, und es ist allen geholfen. — Etwas anders liegt die Sache allerdings bei den offenen Verkaufsstellen. Meiner Meinung nach würde zwar auch hier ein radikaler Schritt bald zeigen, daß die Gesamtheit keinen nennenswerthen Schaden davon haben würde, denn diejenige Kaufkraft, die bezüglich der Bedürfnisse des Menschen befriedigt werden muß, wird sich Befriedigung verschaffen, gleichviel, ob die Geschäfte Sonntags offen sind oder nicht. Wenn ich an die Zeit denke, wo ich, freilich ganz unwillkürlich, eine Reihe von Jahren außerhalb Berlins zu leben gezwungen war und den größten Theil dieser Zeit in einer kleineren Residenz, in Dresden, zubrachte, da hat mich nichts so sehr gefreut, als beim Ausgange am Sonntag Vormittag alle Geschäfte mit Ausnahme derer, die Lebensmittel still halten, geschlossen zu sehen. Was in Dresden möglich ist, sollte es auch in Berlin sein. Aber wir gehen ja nicht soweit, wir konzedieren ja zunächst die dreitägige Arbeitszeit. Alles ist einig darüber, daß dem Personal

in diesen Geschäften der Nachmittag frei zu geben ist; man muß also die Geschäfte zu einer Zeit schließen lassen, wo von einem freien Nachmittag noch die Rede sein kann. Halten Sie an den 5 Stunden fest und denken daran, daß während der Kirchenstunden von 10 bis 12 überhaupt nicht gearbeitet werden darf, so kommen Sie tief in den Nachmittag hinein. Wird im Sommer etwa von 7-10, im Winter von 8-10 gearbeitet, so müssen 2 oder 3 Stunden in den Nachmittag gelegt werden, und damit wird dem Personal der Nachmittag zerrissen. Die Schließung erfolgt ja auch nicht mit dem Wochenschlag, dafür sind wir ja in allen Kreisen an das akademische Viertel viel zu sehr gewöhnt. Mit ihrer Werktagsschließung können sich die Leute auch nicht in die Dinge begeben, die sie für den Nachmittag vorbehalten. Sie müssen event. erst einen weiten Weg nach Hause machen, um sich umzu- kleiden, und so kommt 4 Uhr heran, ehe sie einen wirklichen Ge- nuss von ihrer freien Zeit haben. Die Verkehrsverhältnisse in Berlin, der Andrang und die Verzögerungen auf den Bahnhöfen thun auch das ihrige, den jungen Mann zu verhindern, in der freien Natur seine sanfteren Lungen mit etwas Dyon aus- zuräuchern, und ist es gar ein Winter-Sonntagnachmittag, dann wird der freie Nachmittag erst am Abend für ihn praktisch. Wollen wir dem Handlungsgehilfen also wirk- lich den freien Nachmittag verschaffen, dann können wir uns unmöglich an dem Gesehe selbst genügen lassen. Ich bringe hier nur die Petition des Vereins freisinniger Handlungs- gehilfen in Erinnerung, welche nachweist, wieviel länger die Durchschnittsarbeitszeit der Handlungsgehilfen gegen die der Arbeiter ist. Mindestens ist sie von 8 bis 8 Uhr, in den Kolonial- geschäften, in den Zigarrenhandlungen aber bis 10, bis 11 Uhr Abends; muß der Gehilfe so lange hinter dem Ladentisch stehen, dann ist der freie Sonntag nicht zu viel verlangt, sondern eine sehr bescheidene Forderung. Dem Geschäfts- inhaber nützt die Zeit von 12 bis 2 Uhr ja nichts, da ist kein Verkehr, sondern für die Meisten Tischzeit. Die Geschäfte, wo Sonntag Nachmittags Verkehr ist, haben ihn erst später, von 4 Uhr an. Die dreistündige Arbeitszeit reicht auch vollkommen aus, um die Bedürfnisse des Publikums zu decken. Die Gewohnheit wird auch hier bald die Empfindung des anfänglichen Mißbehagens überwinden. Gerade die Mühsal, daß bei ständiger Arbeitszeit ein Teil davon in den Nachmittag fallen muß, veranlaßt uns zu dem Antrage, die Arbeitszeit bis 10 Uhr Vormittags beendet sein zu lassen. Eine große Reihe von Petitionen aus allen beteiligten Kreisen giebt in denselben Wunsch, so von Hausdienern u. s. w., von Geschäftsinhabern, von Handelskammern. Ich hatte allerdings geglaubt, daß es für Berlin gar nicht fraglich sein könne, die Sache anders als in höchst liberalem Sinne zu regeln. Es ist für Berlin geradezu eine Ehrenpflicht, diesen hochwichtigen sozial- politischen Schritt zu thun und zwar zuerst zu thun; eine Reihe anderer Städte werden nachfolgen und praktisch mithelfen an denjenigen Bestrebungen, welche nun einmal die Signatur der Zeit bilden. Deshalb bedauere ich lebhaft, daß der Magistrat sich in eine Stellung hinein begeben hat, die ihm die Aenderung seines Ent- schlusses einigermaßen erschwert; aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß er, wenn die Versammlung unsere Anregung fröhlich unterstügt, zu der Anschauung kommen wird, er habe seinen Entschluß zu rasch gefaßt. Er hatte sich dasselbe Maß von Zeit wie bei seinen sonstigen Vorlagen lassen sollen. Wir als Vertretung der Reichshauptstadt aber sollten uns nicht nehmen lassen, diejenigen Schritte zu thun, die auch von der freisinnigen Partei gewünscht worden sind. Es würde doch etwas Beschämendes für Berlin in sich schließen, in dieser Frage sich reaktionärer als Regierung und Konservative zeigen zu wollen. (Schlußruf.) Ihre Schlussrufe, das könnten Sie doch schon wissen, bleiben bei uns ohne jeden Eindruck. Ich hoffe, daß in der auch von mir begünstigten Aufschubberatung eine Beschlußfassung zu Stande kommt, die von der des Magistrats abweicht, den Wünschen der Interessenten genügt und der Stadt Berlin zur Ehre und zum Ruhme gereicht, zu der Ehre, den vielgeplagten Handlungsgehilfen und Lehrlingen für ihre über- mäßige Arbeitszeit an Wochentagen wenigstens einen freien Sonntag zu schaffen! (Beifall und Unruhe.)

Stadtverordneter: Der agitatorische Teil der Rede des Antragstellers wird von mir nicht berührt werden. (Zustimmung; Zwischenruf: Sehr billige Aenderung!) Es läßt den Magistrat fast, wenn sein Beschluß als rascher und so zu sagen unüber- legter bezeichnet wird. Das Vorgehen des Magistrats wird durchaus von der Städte-Ordnung gedeckt. Wer sollte nicht dem arbeitenden Bürger, nicht bloß dem Handlungsgehilfen, gern seinen freien Sonntag gönnen? Es kommt aber auf die Ver- hältnisse an. Der größere Teil des Umlages, z. B. in den Zigarrengeschäften, erfolgt am Sonntag. Sollen wir durch eine von der Kommune getroffene polizeiliche Zwangsmassregel hier in die Gewerbsverhältnisse derer so tief eingreifen? Wäre dies gerecht? (Rufe: Ja! Nein!) Wir haben uns auch nicht für ernüchtert gehalten, für jetzt weitere Einschränkungen zu beschließen, wir wollen abwarten, wie die neuen gewerbe- polizeilichen Vorschriften wirken werden. Einet weiteren Ein- schränkung steht nichts entgegen, wenn sie sich als notwendig er- weisen sollte. Die aus der Sonntags-Enquete angeführten Zahlen beweisen an sich nichts, sondern die Kritik, die man an den Zahlen übt. Lamals hat es sich ergeben, daß den Wohlhabenden nicht aber den minder Wohlhabenden eine solche weitere Be- schränkung zu Gute kommen würde. Unzutreffend ist auch die Bezugnahme auf England, das uns in wirtschaftlicher Beziehung 50, 60, ja vielleicht 100 Jahre voraus ist.

Stadtverordneter: Wer möglichst wenig Arbeit verspricht, selbstverständlich bei gleicher Bezahlung, wird immer sehr viel Anhänger haben. (Sehr richtig!) Daher denn auch die vielen Petitionen. Sont wollen die Herren Sozialdemokraten für die Arbeiter sorgen, hier sorgen sie für eine Kategorie von jungen Leuten, die nach meiner Meinung eigentlich die glücklichen in ganz Berlin sind, bei denen man von Noth und Anstrengungstheit nichts merkt. In der Allgemeinheit, wie der Antrag gestellt ist, wird er keinen Anklang finden; vielleicht aber ergibt sich bei strengerer Prüfung, daß für einzelne Kategorien eine weitere Einschränkung beiden Theilen zu Gute kommen könnte. Dies zu prüfen ist allerdings unbedingte Pflicht der Ver- sammlung. Ich beantrage daher die Niederlegung eines Aus- schusses von 15 Mitgliedern.

Hierauf wird der Schluß der Debatte beantragt und an- genommen. Zum Worte gemeldet waren noch Stadtthgen und Singer. Der Antrag auf Aufschubberatung wird ebenfalls an- genommen.

Zu der Vorlage betr. die Frequenz in den Gemeindefschulen am 1. November 1891 wünscht Stadtverordneter Vogtherr die Aufmerk- samkeit der Schulbehörde mehr auf die Verwirklichung der Schulen an der Peripherie der Stadt gerichtet zu sehen. In demselben Schulinspektionsbezirke fanden sich neben einander stiegende und unbefetzte Klassen. Auch seien noch immer zwei Gemeindefschulen, namentlich in Moabit, in ungenügenden Mietshäusern untergebracht.

Stadtverordneter: Wir haben allerdings bis vor zwei Jahren mit dem Wachsthum der Bevölkerung in der Peripherie beim Schulbau nicht mitemkommen können, seitdem sind aber 20 neue Schulbauten im Gange. Im Stadtteil Moabit wird auf einem Grundstück der Bau für eine dreiklassige Schule vorbereitet.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Die Markthallen XI (Marxplatz) und XII (Gesund- brunnen) werden voraussichtlich am 1. Februar e. eröffnet werden. Auf Antrag des Magistrats erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß, vorbehaltlich der speziellen Rechnungslegung, die für den Betrieb beider Markthallen im laufenden Wirtschaftsjahre, d. h. vom 1. Februar bis 1. April erforderlichen Ausgaben aus den laufenden Einnahmen derselben bestritten werden.

Nach langjährigen Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium hat sich der Magistrat im Interesse des Viehhofes mit dem Eisenbahnministerium einverstanden erklärt, die Unterhaltung und event. Erneuerung der über die Geleise des städtischen Zentralviehhofes führenden Fußgängerbrücke zu übernehmen und ersucht die Versammlung um ihre Zustimmung.

Die Versammlung beschließt demgemäß. Mit der vorgelegten Skizze zum Neubau einer 9. höheren Bürgerschule auf dem Grundstück Badstr. 22 (Kostenschätzung 306 000 M.; in dem an der Straße zu erbauenden Lehrer- Wohngebäude sollen zugleich Büreaus für das Standesamt 13 und die Steuer-Einnahmestelle 18 eingerichtet werden) erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die Stadtverordneten und Genossen beantragen, den Magistrat zu ersuchen, spätestens im Frühjahr d. J. Vorkehrungen zu treffen, daß der unhygienische Zustand, der durch die Abwässerungsverhältnisse der Gemeinde Weiskowsee in der Gasse i s s w a l d e r s t r a ß e besonders in sanitärer Beziehung herbeigeführt wird, entweder durch Nivelirung und Pflasterung des jetzigen Abzugsgabens oder durch Kanalisierung der Gasse beseitigt werde.

Der Antrag geht an einen Ausschuss. Nach Erledigung zweier kleinerer Vorlagen schließt die öffent- liche Sitzung um 7 1/2 Uhr.

## Lokales.

Die Arbeiter-Bildungsschule beging, wie wir bereits kurz mittheilten, am 16. Januar in den weiten Räumen des „Zeen- Palast“ ihr erstes Stützungsfest. Schon um 8 Uhr waren der Saal und die Gallerien fast bis auf den letzten Platz gefüllt und immer noch strömten Hunderte von Theilnehmern herbei, so daß das mächtige Lokal kaum Alle zu fassen vermochte. Die Brüstungen und Pfeiler waren mit rothen Fahnen und Emblemen sinnig geschmückt, Bilder und Plakate von Marx und Lassalle dazwischen vertheilt. An der Ausführung des reichhaltigen Programms wirkten außer der Konzert-Kapelle zunächst die Gesangsvereine „Gleichheit“, „Euphonia“, „Harmonie“, „Glück zu“, Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes, unter Leitung ihres bewährten Diri- genten mit. Nach dem ersten Gesangsstück folgte der Prolog, gebichtet von einem Mitglied, Lehrer der Schule, und gesprochen von G. Vogtherr. Der Prolog, welcher zunächst an die Lage der Begründung der Arbeiter-Bildungsschule, an ihre Aufgaben erinnerte, in martialischen Worten zu thatkräftiger Unter- stützung aufforderte, wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der Ausdruck des Prologs wurde sodann unter die Anwesenden ver- theilt. — Im zweiten Theil des Programms nahm Wilhelm Liebknecht, lebhaft begrüßt, zur Feiertagsrede das Wort. Da die Rede demnächst im Druck erscheinen wird, sei nur kurz Einiges daraus erwähnt. Der Redner erinnerte daran, daß die An- wesenheit dieser Tausende dazu angethan sei, die Einwände und Vorbehalten seitens der Gegner unserer Schule am deutlichsten Lügen zu strafen. Namentlich habe er selbst niemals daran gedacht, sich von der Arbeiter-Bildungsschule zurückzuziehen und werde ihr treu bleiben, so lange er lebe. An Beispielen aus der Geschichte legte Liebknecht dar, wie das Bürgerthum ein Interesse daran habe, dem „vierten Stand“ die Bildung und Bildungsmittel vorzu- erhalten und statt deren den Glauben an Autoritäten, politische und kirchliche, zu fördern. Der Kerger der Gegner war die Arbeiter-Bildungsschule und ihr Bestreben, sie zu diskreditiren, sei daher erklärlich, um so bedauerlicher sei es, wenn die eigenen Klassenangehörigen vielfach noch immer mit ihrem Interesse und ihrer Unterstützung zurückhalten. Zu müßigem Aus- halten und zögeriger Unterstützung und Förderung auf- fordernd, schloß der Redner mit einem Glückwunsch an das einjährige Geburtstagskind, welches das Jahr der Prüfung glücklich beendet hat. Lebhafter Beifall und ein vieltausend- stimmiges Hoch auf die Schule folgten.

Der zweite und dritte Theil des Programms brachten u. a. auch zwei lebende Bilder, welche vom Genossen Fritz Hansen nach berühmten Bildern wirkungsvoll arrangirt und von Schül- lern und Schülerinnen erst dargestellt wurden. Allen Mit- wirkenden, auch den Sängern, gebührt aufrichtiger Dank. An die Ausführungen, Konzerte u. s. w. schloß sich Tanz an, dem im unteren und oberen Saal Beschluß wurde. — Ein schönes Fest fürwahr, welches die Mitglieder und Freunde der Arbeiter-Bildungsschule hoffentlich zu neuem regen Eifer im Interesse der Schule anspornen wird.

Von Kranken, welche in der Charite in Behandlung ge- wesen sind, gehen uns noch unangelegte Briefe zu, in welchen wir auf den einen oder anderen Uebelstand aufmerksam gemacht werden, der angelich in diesem Krankenhaus herrschen soll. Wir verzichten darauf, diese Stoffe weiter zu sammeln und sondern der Öffentlichkeit zu übergeben und wollen nur konstatiren, daß die Klagen über das Wärtterpersonal allgemein auf deren Unersfahren- heit und Jugend zurückzuführen wird. Junge Leute von kaum 15 Jahren, denen die Menschenkenntniß vollständig fehlt, werden als Wärter angestellt. Die Leute sind sehr oft vor Kurzem erst nach Berlin gekommen, haben also von den Berliner Verhältnissen gar keine Ahnung. Die Befolgung ist eine so dürftige (18 bis 24 M. monatlich), daß hierfür gute Kräfte auch gar nicht ver- langt werden können. Für die Kranken ist eine sorgfame und sorgemäße Pflege von großer Wichtigkeit, zumal die Kranken oft sehr reizbar und leicht erregt sind. Während des Sommers, wo die Anstalt weniger stark belegt ist und eine Anzahl von Wärttern entberri werden kann, werden eine Menge Hilfswärter als Maler und Anstreicher benützt, sie nehmen also denen die Arbeit fort, welche sich in diesem Beruf ihr Brot verdienen sollen. Die Ärzte der Anstalt sind fast alle Privatdozenten, welche in Privatpraxis Studierende ausbilden. Die Patienten müssen hier als „Probe- Material“ dienen. Das ist diesen oft sehr lästig, dies einige Be- hörden und Beklopfen regt dieselben auf. Für Reklompfeidende z. B. ist das fortgesetzte Demonstrieren an ihrem Beklopf besonders unangenehm. Eine Bibliothek ist in der Charite so gut wie gar nicht vorhanden, allwöchentlich wird zwar der christlich-soziale „Arbeiterfreund“ geliefert, aber der bringt ja so tolle Geschichten, daß von deren Lesen die Kranken noch träumer werden können, als sie ohnehin schon sind. Dieser Arbeiter-reund stellt an den Glauben seiner Leser hohe Ansprüche, wenn er verlangt, daß man die Märchen, welche er den Leuten aufsticht, wirklich für wahr halten soll. Außer dem „Total-Anzeiger“ und „Kleinen Journal“ wird keine Zeitung in die Anstalt gelassen, es ist unerfindlich, weshalb gerade diese beiden Blätter vor den Augen der Verwaltung Gnade ge- sunden haben. Den Vorwärts darf der Zeitungsvorleser nicht verkaufen, — das verlangt ja auch schließlich kein Mensch, denn derselbe wird ohnehin schon genug gelesen. Es mag ja zugegeben werden, daß die Direktion den besten Willen hat, diese Uebel- stände aus der Welt zu schaffen, sie kann aber noch so schöne und eindringliche Instruktionen erlassen, die Kontrolle, ob die- selben auch befolgt werden, ist nicht streng genug, um die Inne- haltung derselben zu erzwingen. Die Patienten haben nun aller- dings das Recht, Beschwerden loszulassen. Das aber ist ein ebenso mühsaliges Ding, als das Beschwerderecht der Soldaten. Vor Kurzem ist es ja erst vor Gericht festgestellt worden, daß die Kranken die Beschwerde unterlassen und nur an dem einen Ge- danken festhalten: heraus aus dieser Murranstalt! Sobald sie nur wieder zu krauchen im Stande sind, lassen sie ihr Bett im Stich und ziehen heim, selbst gegen den Rath des Arztes. Es hat also auch die vielgerühmte Murranstalt Manches aufzu- weisen, was nicht gerade schön ist und die Verwaltung hat alle Ursache Abhilfe zu schaffen, damit die ewigen Klagen der Patienten endlich verstummen.

Im Inzeratenhefte unseres heut'-en Blattes befindet sich eine Bekanntmachung der Invalidenten- und Alters-versiche- rungs-Anstalt für Berlin, in welcher die bezüglichen Gesetze-

bestimmungen über die verschiedenen Lohnklassen, Höhe der Ver- sicherungsbeiträge u. s. w. veröffentlicht und des Näheren erläutert werden. Bei der noch sehr großen Unklarheit, welche in dieser Beziehung in den beteiligten Kreisen herrscht, glauben wir, auf diese Bekanntmachung besonders hinweisen zu müssen.

Polizeibericht. Am 20. d. M. Nachmittags fiel ein Kellner vor dem Hause Lindenstr. 103, als er auf den Vorderraum eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens springen wollte, zur Erde, wurde überfahren und erlitt einen Bruch des Fußgelenks, so daß er nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Cassarstr. 23 gerieth Abends ein Ar- beiter unter die Räder eines Geschäftswagens und wurde am Bein so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Lazarus-Krankenhaus erforderlich wurde. — Im Laufe des Tages und am darauffolgenden Morgen fanden 7 kleine Brände statt.

## Versammlungen.

Die gestrige Volksversammlung im Frempalast war von über 5000 Personen besucht. Abgeordneter Bebel sprach über das Thema: „Was lehren uns die letzten großen Streiks?“ unter allgemeinem Beifalle der Versammlung, welche einstimmig folgende von Bebel beantragte Resolution be- schloß:

„Die Versammlung erklärt: gegenüber dem Bestreben der Unternehmerklasse, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse immer tiefer herabzudrücken und die letztere in die vollständigste ökonomische Abhängigkeit von der Unternehmerklasse zu bringen, ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse eine Noth- wendigkeit.

Da aber die gewerkschaftliche Bewegung ihrer Natur nach auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse innerhalb der bestehenden Gesellschaft gerichtet ist, so genügt dieselbe nicht, um auch die Befreiung der Arbeiter- klasse aus den Fesseln des Kapitalismus herbeizuführen.

Dieses ist vielmehr Aufgabe des politischen Kampfes, wie ihn die Sozialdemokratie führt, eines Kampfes, dessen Endziel die Aufhebung des Klassenstaates, die Verwindung des Privat- eigenthums an Produktionsmitteln in genossenschaftliches Eigen- thum und die Umwandlung der Baarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion ist.

Die Versammlung betrachtet es daher als die Pflicht aller Arbeiter, sich der Sozialdemokratie anzuschließen und ihre Be- strebungen thatkräftig zu unterstützen.“

Ausführlicher Bericht in nächster Nummer.

Die Delegirten zur Streik-Kontrollkommission ver- sammelten sich am 20. Januar, um zunächst den Kasfenbericht des Genossen Millarg entgegenzunehmen. Die Kommission hatte danach vom 20. August 1891 bis zum 4. Januar 1892 eine Markeneinnahme von 1386 M., welche sich folgendermaßen ver- theilt: Bäcker 20 M., Böttcher 25 M., Brauer 28 M., Buch- binder 75 M., Bildbauer 40 M., Chirurgische Branche 85 M., Drechsler 51,50 M., Grünsure 2 M., Goldschmiede 60 M., Glaser 16 M., Glasarbeiter 190 M., Genosse Herzog 2 M., Holz- bearbeitungsmaschinen-Arbeiter 30 M., Hausdiener 15 M., Holz- und Bretterträger 6 M., Guttmacher 50 M., Korbmacher 10 M., Kellner 20 M., Kistenmacher 25 M., Knopfaber 17,50 M., Kupfer- und Eisenarbeiter 25 M., Kaufleute 15 M., Kürschner 16 M., Litho- graphen 100 M., Lederarbeiter 15 M., Leinwand- und Leder- zureiter 20 M., Marmor- und Granitarbeiter 45 M., Model- ler 24 M., Posamentirer 35 M., Porzellanmaler 15 M., Stein- feger 70 M., Schmiede 10 M., Schneider 10 M., Stellmacher 49 M., Steinmetzen 85 M., Tabalarbeiter 65 M., Uhrmacher 15 M., Vergolder 18 M., Wirtler 9 M. und Wäschebranche 27 M. Während derselben Zeit wurden an Extrabeiträgen für die Kommission geleistet 1092,30 M., welche sich wie folgt vertheilt: Zivil-Berufsmüller 10 M., Arbeiter und Arbeiterinnen der Papier- branche 30 M., durch Post von Unbekanntem 2,50 M., Metallarbeiter Berlins 100 M., Gas- und Schankwirthe Berlins 100 M., Knopf- arbeiter 30 M., einzelne Mitglieder des Unterstützungsbundes der Hausdiener 15 M., einzelne Mitglieder des Fachvereins der Uhr- macher 10 M., Vergolder und Vergolderinnen 8,50 M., Hilfs- arbeiter 25 M., Steinbruder und Lithographen 75 M., einzelne Mitglieder des Fachvereins der Buchbinder Berlins 30 M., frei- willige Beiträge der Böttcher 7,20 M., vom Vergnügen der Freien Vereinigung der Kaufleute 48,40 M., Extrabeitrag der Lohnkommission der Lithographen 30 M., von Mitgliedern des Fachvereins der Tapezierer 30 M., freiwillige Sammlung der Kistenmacher 34 M., Metallarbeiter Berlins 135 M., Kellner Berlins 15,30 M., Mitglieder des Vereins Berliner Hausdiener 15 M., Mitglieder des Verbandes der Metallarbeiter Berlins 100 M., Marmor- und Granitarbeiter 10 M., Zellerammlung der öffentlichen Versammlung vom 22. November 1891 (Neue Welt) durch Jauerisch 8,30 M., Zellerammlung der Gaswirths- gehilfen 2,55 M., 10 pCt. der Einnahme der in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter 9 M., Gas- und Schankwirthe Berlins 150 M., freiwillige Beiträge der Stralauer Glasarbeiter 30 M., freiwillige Beiträge aus Ebnitz (Erzgebirge) durch E. Herbert 18,55 M., freiwillige Beiträge der Filiale Ehrenfeld des deutschen Metallarbeiterverbandes 16 M., einschließlich eines 113,96 M. betragenden Bestandes vom 20. August 1891 beträgt die Gesamt-Einnahme der Kom- mission 2592,26 M., welcher eine Gesamt-Ausgabe von 2571,75 M. gegenübersteht. Bei der Revision am 4. Januar blieb ein Bar- bestand von 20,51 M. An Marxen sind im Besitze Millarg's 70 400. Demselben wurde einstimmig Decharge ertheilt und be- schlossen, ihm seine Zeitversäumnis und event. gebahnte Ausgaben mit 15 M. zu vergütigen. Es erstatteten dann über den Verlauf des Streiks der Buchdrucker, deren Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen die Herren Schmitt (Buchdrucker), Zahus (Glasarbeiter) und Schimanski (Stereotypen) Bericht. Ueber den Streik der Handschuhmacher berichtete Herr Matschke (Friedrichshagen), und über den der Weißgerber Herr Brinmann. Letztere beiden Streiks besetzen danach unverändert fort. Sowohl die Berichterstatter wie die Diskussions-Redner traten für eine fernere Unterstützung der Streikenden bzw. Ausgesperrten ein. Herr Schmitt wies darauf hin, daß noch einige Wochen vergehen werden, ehe die Buchdruckervereinigung die geregelt Arbeitslosen- unterstützung wieder herstellen könne; somit seien die jetzt aus- gesperrten Buchdrucker und die Angehörigen der verwandten Berufe, soweit sie einer Unterstützung bedürfen, auf die Allgemein- heit angewiesen. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die anwesenden Delegirten ver- pflichten sich, in ihren Gewerkschaften dahin zu wirken, daß die streikenden Handschuh- macher, Weißgerber, Buchdrucker, Hilfsarbeiter energig unterstützt werden.“ Der vorgedruckte Zeit wegen wurde beschloffen, den dritten Punkt der Tagesordnung: „Zur Taktik der Geldsammlungen“, als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen.

Öffentliches Klub. Jeden Freitag im Restaurant „Zum Korb“, Leipzigerstr. 44 (an der Markgrafenstraße). Die Vorträge beginnen Punkt 8 Uhr.

Freie Vereinigung Sammlischer in der Papierindustrie beschäftigter Arbeiter und Arbeiterinnen. Samstag, den 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Kautzner's Hotel, Schönhauser Allee 28, gefellige Abendunter- haltung mit Vortrag von Frau Jäger-Rosen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgebung. Die Unterstützungsfest findet nicht, wie angegeben, am Sonntag, den 24. Januar, sondern am Sonn- tag, den 21. Januar im Frempalast statt.

Selbst- und Pflanzvereine. Freitag, „Carl Marx“, Abends 9 Uhr bei Grube, Mariendorferstr. 10. Gäste haben Zutritt. — „Weken“, Abends 8 1/2 Uhr bei Böhlend, Salomir.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgebung. Freitag, Abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kautzner's Hotel, Schönhauser Allee 28 bei Kautzner. — Arbeiter-Gesangsverein „Nord“, Brunnstr. 24 bei Gnad. — Arbeiter-Gesangsverein „Vorwärts“, S.O. Köpenickerstr. 21 bei Roll. — Nummer 1 (Gefangenenverein), Buchbergstr. 31 bei Mutschold. — Buchbinder-Männerchor Berlins, Alte Jakobstr. 76 bei Feuerstein. — Arbeiter-Gesangsverein.

